

Bellmann, Lutz; Dahms, Vera; Wahse, Jürgen

Research Report

IAB-Betriebspanel Ost - Ergebnisse der achten Welle 2003

IAB-Forschungsbericht, No. 2004,2

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Bellmann, Lutz; Dahms, Vera; Wahse, Jürgen (2004) : IAB-Betriebspanel Ost - Ergebnisse der achten Welle 2003, IAB-Forschungsbericht, No. 2004,2, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/21538>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IAB-Betriebspanel Ost - Ergebnisse der achten Welle 2003 - Teil I

Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse

IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der achten Welle 2003 – Teil I

Entwicklung und Struktur der Betriebe und Beschäftigten

Auszubildende

Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse

Mit der Publikation von Forschungsberichten will das IAB der Fachöffentlichkeit Einblick in seine laufenden Arbeiten geben. Die Berichte sollen aber auch den Forscherinnen und Forschern einen unkomplizierten und raschen Zugang zum Markt verschaffen. Vor allem längere Zwischen- aber auch Endberichte aus der empirischen Projektarbeit bilden die Basis der Reihe, die den bisherigen „IAB-Werkstattbericht“ ablöst.

Abstract

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) führt seit 1996 jährlich eine Arbeitgeberbefragung in ostdeutschen Betrieben durch (IAB-Betriebspanel Ost). Im Sommer 2003 fand diese Befragung zum achten Mal statt, um aktuelle repräsentative Daten über die Beschäftigungsentwicklung und deren Bestimmungsgrößen in den neuen Bundesländern zu erhalten. Für die Auswertungen in Ostdeutschland liegen für das Jahr 2003 Interviews von 5.767 Betrieben vor. Mit der Stichprobe wurden 1,4 Prozent der Betriebe mit 11,3 Prozent der Beschäftigten erfasst. Die befragten Betriebe repräsentieren die Grundgesamtheit von 401.018 Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland.

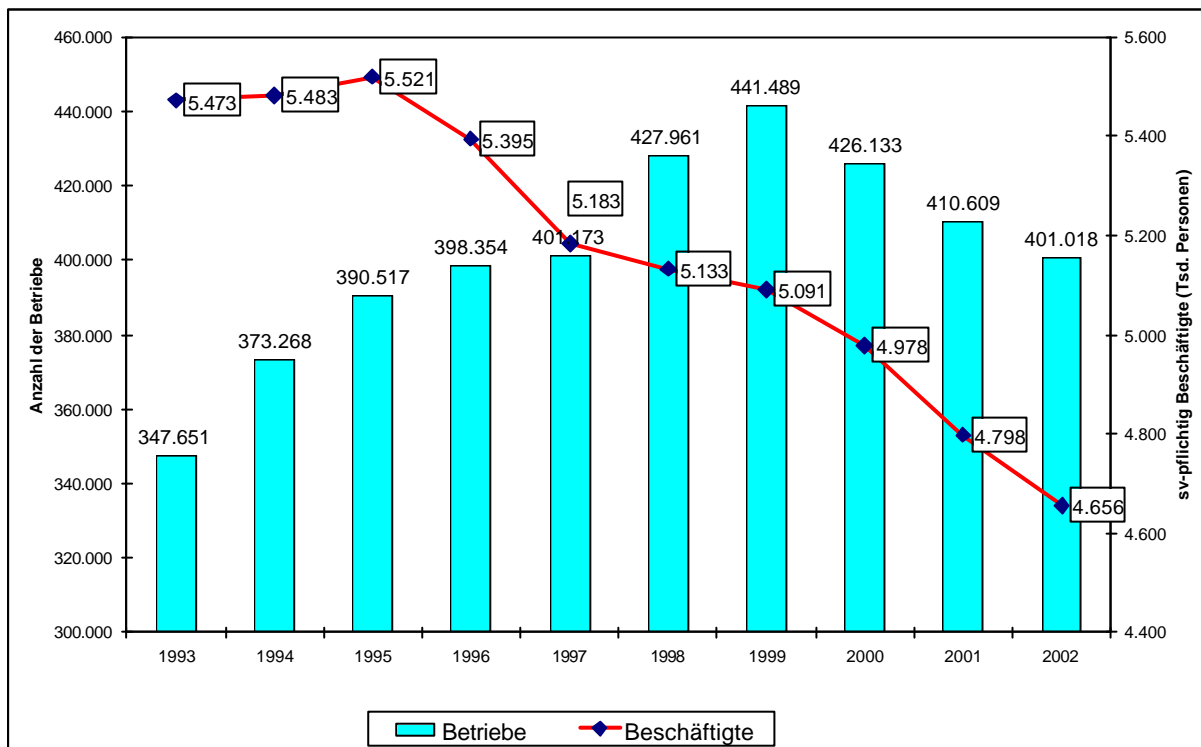
Beschäftigungsentwicklung

Die Anzahl der bestehenden Betriebe in Ostdeutschland ist (nach den Daten des IAB-Betriebspanels) – nachdem 1999 mit 441 Tsd. ein Höhepunkt erreicht war – in den letzten Jahren gesunken und lag Mitte 2003 nur noch bei 401 Tsd. Betrieben. Wesentlich zu dieser negativen Entwicklung trugen die Bereiche Baugewerbe und Handel / Reparatur bei, auf die über 60 Prozent aller Verluste im betrieblichen Bestand seit dem Jahre 1999 zurückgeführt werden können.

Der Beschäftigungsrückgang hat sich in Ostdeutschland zwischen Mitte 2002 und Mitte 2003 mit fast 100 Tsd. Beschäftigten (-2 Prozent) fortgesetzt. Dabei zeigt die Untersuchung, dass mit Ausnahme des Gesundheits- und Sozialwesens (leichter Zuwachs) alle anderen Branchen ihre Beschäftigtenzahl verringert haben.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung noch nie so niedrig und die Anzahl der Betriebe ist auf den Stand von 1997 zurückgefallen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung der Anzahl der Betriebe und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (in Tausend) in Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost) 1993 bis 2002 (Stand 30. Juni)



Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Auch zwischen Mitte 2003 und Mitte 2004 ist mit einer negativen Veränderung des Beschäftigungsniveaus zu rechnen. Dagegen weisen die Schätzungen der Betriebe für die nächsten fünf Jahre deutlich positivere Werte auf, die zumindest eine Konsolidierung des Personalbestands erwarten lassen.

Ausbildung

Trotz stabiler Anteile der Auszubildenden an den Beschäftigten hat die Zahl der Auszubildenden in den letzten Jahren abgenommen.

Die Gruppe der ausbildungsberechtigten, aber nicht ausbildenden Betriebe bildet mit 28 Prozent ein beachtliches Potenzial für ein höheres Ausbildungsplatzangebot. Nach wie vor hat fast jeder zweite Betrieb keine Ausbildungsberechtigung.

Zwischen 1996 und 2003 gab es in Ostdeutschland einen Abwärtstrend bei der Übernahme von Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis. Wurden 1996 noch 52 Prozent der Jugendlichen vom Ausbildungsbetrieb übernommen, waren es 2003 nur noch 38 Prozent (Westdeutschland 57 Prozent). Für Ostdeutschland insgesamt sind die Übernahmequoten der Frauen und Männer sind gleich hoch.

Datenerhebung:

TNS Infratest Sozialforschung / TNS Infratest

Nürnberg und Berlin, Juli 2004

Das IAB-Betriebspanel (Basisstichprobe) wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

1 Datenbasis

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) führt jährlich eine Arbeitgeberbefragung in ostdeutschen Betrieben durch (IAB-Betriebspanel Ost). Im Jahre 2003 fand diese Befragung zum achten Mal statt. Ebenfalls zum achten Mal wurden mit Hilfe von Aufstockungsstichproben eigene Panels für alle ostdeutschen Länder und Berlin erarbeitet. In gleicher Weise beteiligen sich seit dem Jahr 2000 mittlerweile - mit Ausnahme Hamburgs - alle westdeutschen Bundesländer.

Die Stichprobe wurde beschäftigtenproportional nach dem Prinzip der optimalen Schichtung über 200 Schichtungszellen gezogen. Die 200 Schichtungszellen ergeben sich aus der Kombination von 20 Branchen und 10 Betriebsgrößenklassen (20x10-Matrix), so dass alle Wirtschaftsbereiche und Betriebsgrößen berücksichtigt sind.

Tabelle 1 zeigt die Besetzung der einzelnen Schichtungszellen.¹ Aus der jeweils oberen Zeile ist die Zahl der Betriebe in Ostdeutschland entsprechend den Angaben aus der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit ersichtlich (Soll-Matrix). Die jeweils untere Zeile gibt die Zahl der durchgeführten Interviews entsprechend der geschichteten Stichprobe an, die für Querschnittsauswertungen herangezogen werden können (Ist-Matrix).

Im Jahr 2003 liegen für Querschnittsauswertungen in Ostdeutschland verwertbare Interviews von 5.767 Betrieben vor. Als Betrieb wird die örtliche Einheit eines Unternehmens verstanden, in dem die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen tatsächlich durchgeführt wird.² Die befragten 5.767 Betriebe repräsentieren die Grundgesamtheit von 401.018 Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland.³

¹ Hier wird eine Matrix mit 12 Branchen und 8 Betriebsgrößenklassen abgebildet.

² Befragte Einheit ist in der Regel die durch die Betriebsnummer definierte betriebliche Einheit, die im Rahmen der Meldepflicht zur Sozialversicherung vom Arbeitsamt vergeben wird.

³ Ohne private Haushalte mit weniger als fünf sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Mit der Stichprobe wurden 1,4 Prozent der genannten Betriebe erfasst. Dieser Anteil ist in den einzelnen Zellen unterschiedlich. Dabei gilt, dass im Interesse von statistisch gesicherten Aussagen die oberen Betriebsgrößenklassen erheblich stärker in der Stichprobe vertreten sind als die Klasse der kleineren Betriebe. Daher ist der Erfassungsgrad bezogen auf die Beschäftigtenzahl mit 11,3 Prozent deutlich höher als in Bezug auf die Zahl der Betriebe.

Ziel dieser Arbeitgeberbefragung ist es, aktuelle repräsentative Daten über die Beschäftigungsentwicklung und deren Bestimmungsgrößen in den neuen Bundesländern zu erhalten. Dazu werden auf der Grundlage einheitlicher Fragebogen mündliche Interviews mit Inhabern, Geschäftsführern bzw. leitenden Mitarbeitern in Ostdeutschland ansässiger Betriebe durchgeführt. Diese Angaben werden in der vorliegenden Studie für Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost) zusammengefasst und zumindest auf aggregierter Basis den Paneldaten für Westdeutschland gegenübergestellt. Dies ist aufgrund des gleichen Fragenprogramms und des gleichen Erfassungs-, Hochrechnungs- und Auswertungsverfahrens ohne methodische und definitorische Schwierigkeiten möglich.

Die mit dem Panel gewonnenen Ergebnisse über die betriebliche Nachfrage nach Arbeitskräften verbessern wesentlich die Informationsbasis, die von amtlichen statistischen Daten geboten wird. Dies gewinnt in dem Maße zusätzlich an Bedeutung, wie das Statistische Bundesamt seine getrennte Berichterstattung für Ost- und Westdeutschland reduziert.

In Anbetracht der bereits zum achten Mal durchgeführten Arbeitgeberbefragung in Ostdeutschland konnten Querschnittsvergleiche über die Jahre 1996 bis 2003 in die Auswertung aufgenommen werden.

Die Gliederung der Betriebe nach Wirtschaftszweigen erfolgt entsprechend der in der amtlichen Statistik verwendeten Strukturierung (WZ 93).

Tabelle 1:
Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.6.2002 in Ost-
deutschland (einschließlich Berlin-Ost) und verwertbare Interviews (Quer-
schnittsfälle) im IAB-Betriebspanel nach Branchen und Betriebsgrößenklassen

Branche	Betriebsgrößenklasse (Gesamtzahl SV-pflichtig Beschäftigter)								
	1 bis 4	5 bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 bis 199	200 bis 499	ab 500	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	8.919 (40)	2.198 (11)	1.637 (28)	1.359 (49)	312 (20)	79 (13)	30 (9)	2 (0)	14.536 (170)
Bergbau, Energiewirtschaft, Wasserversorgung	568 (19)	244 (19)	240 (11)	274 (12)	138 (12)	66 (9)	47 (13)	28 (10)	1.605 (105)
Verarbeitendes Gewerbe	18.482 (342)	7.975 (229)	5.773 (243)	4.420 (378)	1.787 (208)	916 (186)	445 (130)	106 (36)	39.904 (1.752)
Baugewerbe	31.303 (150)	11.804 (99)	6.663 (114)	3.486 (98)	884 (43)	298 (28)	68 (14)	11 (3)	54.517 (549)
Handel und Reparatur	54.670 (222)	16.268 (100)	7.667 (94)	4.169 (92)	1.085 (34)	388 (20)	130 (20)	14 (3)	84.391 (585)
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12.163 (38)	3.866 (33)	2.462 (19)	1.550 (14)	508 (22)	237 (14)	132 (17)	69 (16)	20.987 (173)
Kredit- und Versicherungsgewerbe	6.852 (31)	726 (20)	355 (11)	326 (9)	184 (9)	128 (12)	74 (22)	22 (8)	8.667 (122)
Unternehmensnahe Dienstleistungen	42.089 (167)	9.061 (106)	4.771 (87)	2.941 (114)	1.037 (66)	449 (31)	161 (31)	33 (8)	60.542 (610)
Erziehung und Unterricht	3.506 (24)	1.577 (23)	1.529 (31)	1.487 (46)	590 (34)	326 (38)	194 (45)	70 (29)	9.279 (270)
Gesundheits- und Sozialwesen	30.113 (125)	5.775 (35)	1.968 (32)	1.657 (52)	814 (52)	432 (48)	267 (66)	125 (38)	41.151 (448)
Übrige Dienstleistungen	34.759 (148)	6.746 (38)	2.940 (43)	1.726 (49)	586 (37)	222 (27)	97 (24)	23 (10)	47.099 (376)
Org. ohne Erwerbscharakter, öffentliche Verwaltung	9.324 (56)	2.758 (34)	2.007 (52)	2.140 (102)	948 (83)	505 (102)	331 (99)	148 (79)	18.161 (607)
Nicht zuordenbar	170	6	2	1	0	0	0	0	179
Insgesamt	252.918 (1.362)	69.004 (747)	38.014 (765)	25.536 (1.015)	8.873 (620)	4.046 (528)	1.976 (490)	651 (240)	401.018 (5.767)

Werte in Klammern: Zahl der verwertbaren Interviews (Querschnittsfälle)

Quelle: Grundgesamtheit: Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit

Bei der Auswertung wird in der vorliegenden Studie in Bezug auf die Branchen folgende Verfahrensweise gewählt:

Die Branchen Organisationen ohne Erwerbscharakter und öffentliche Verwaltung werden getrennt dargestellt.

Innerhalb der gesamten Dienstleistungen werden die unternehmensnahen Dienstleistungen gesondert ausgewiesen. Diese Dienstleistungen (Daten-

verarbeitung und Datenbanken; Forschung und Entwicklung; Rechts-, Steuer-, Unternehmensberatung, Werbung, Marktforschung; Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen, übrige Dienstleistungen (überwiegend für Unternehmen) gelten als Wachstumsmotor und Hoffnungsträger für neue Arbeitsplätze. Die Verflechtung von industrieller Produktion und Dienstleistungen wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen.

Neben den unternehmensnahen Dienstleistungen werden die personenbezogenen Dienstleistungen in drei Untergruppen ausgewiesen. Wie in den vorherigen Panels werden Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen aufgrund ihrer Bedeutung, Abgrenzbarkeit und Größe jeweils gesondert dargestellt. Eine dritte Untergruppe der personenbezogenen Dienstleistungen bilden die übrigen Dienstleistungen. Dazu gehören Gaststätten und Beherbergungsgewerbe; Entsorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung; Kultur, Sport und Unterhaltung; andere Dienstleistungen wie Wäscherei, Reinigung, Friseurgewerbe, Kosmetik, Bestattungswesen, Bäder, Saunen, Solarien usw. Auch die personenbezogenen Dienstleistungen zählen zu den Hoffnungsträgern für neue Arbeitsplätze in Ostdeutschland.

Alle in der vorliegenden Studie ausgewiesenen Angaben beruhen auf einer Hochrechnung. Diese erfolgte in zwei Schritten:

1. Gewichtung der antwortenden Betriebe (Ist-Matrix) entsprechend der der Stichprobe zugrunde liegenden Struktur der Datenbasis, nämlich der Verteilung der Betriebe nach Branchen und Betriebsgrößenklassen (Soll-Matrix). Daraus wird jeweils ein Hochrechnungsfaktor pro Betrieb ermittelt. Die sich so ergebende hochgerechnete Stichprobe entspricht der Gesamtzahl aller Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.06.2002.⁴
2. Schätzung von fehlenden Angaben (KA) durch Extrapolation auf der Basis von Referenzklassen aus der Ist-Matrix der antwortenden Betriebe (Branche x Betriebsgrößenklasse).

⁴ Neuere Strukturdaten lagen zum Zeitpunkt der Gewichtung noch nicht vor.

Fragen mit einem höheren Anteil fehlender Angaben (bezogen auf alle 5.767 Interviews bzw. auf die 4.564 Interviews bei Betrieben mit Umsatz) sind in Tabelle 2 aufgeführt.

Tabelle 2:
Fehlende Angaben bei ausgewählten Fragen des IAB-Betriebspanels Ostdeutschland 2003

Frage	Fehlende Angaben	
	Anzahl der Fälle	Prozent
Beschäftigterwartung 2008	1.899	33
Vorleistungen 2002	745	16
Umsatz 2003	738	16
Investitionsentwicklung 2003	711	12
Geschäftsvolumen 2002	689	12
Struktur des Umsatzes 2002	510	11
Lohn/Gehalt 2003	610	11
Beschäftigte 2004	509	9

Bei Vergleichen der im IAB-Betriebspanel ermittelten Beschäftigtenzahlen mit anderen Datenquellen – z. B. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder oder Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit – sind folgende Punkte zu beachten:

1. Als Beschäftigte werden im IAB-Betriebspanel alle Personen angesehen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und zwar
 - a) unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit,
 - b) unabhängig davon, ob sie eine sozialversicherungspflichtige oder eine nicht sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausüben und
 - c) unabhängig von ihrer Stellung im Beruf.

Im IAB-Betriebspanel werden als Beschäftigte also auch Beamte, tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige und geringfügig Beschäftigte erfasst.

Da die Beschäftigtenzahlen der Beschäftigtenstatistik der BA keine Beamten, tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen enthalten und geringfügig Beschäftigte nur insoweit, wie diese zusätzlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben oder durch Zusammenrechnung mehrerer geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sozialversiche-

rungspflichtig werden, sind die im IAB-Betriebspanel ermittelten Beschäftigtenzahlen insgesamt höher als die in der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen.

2. Im IAB-Betriebspanel werden nur Betriebe befragt, in denen mindestens ein sozialversicherungspflichtig Beschäftigter tätig ist. Private Haushalte werden sogar erst ab einer Zahl von mindestens fünf Beschäftigten erfasst. Betriebe ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie z. B. Ein-Personen-Betriebe (u. a. Freiberufler, Gewerbetreibende) oder Dienststellen im öffentlichen Sektor, in denen ausschließlich Beamte beschäftigt sind, werden nicht befragt, da sie in der Stichprobe nicht enthalten sind.

Da die Beschäftigtenzahlen in der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder auch Ein-Personen-Betriebe enthalten, sind die im IAB-Betriebspanel ermittelten Beschäftigtenzahlen insgesamt geringer als die in der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen.

3. Im IAB-Betriebspanel werden Beschäftigungsfälle gezählt, wodurch vereinzelt Doppelzählungen auftreten können, wenn ein Beschäftigter Arbeitsverhältnisse mit zwei oder mehreren Betrieben hat (Mehrfachbeschäftigung, z. B. geringfügige).

4. Bei Vergleichen mit anderen Datenquellen ist auch zu beachten, dass sich die Beschäftigtendaten des IAB-Betriebspanels in der Regel auf den Stichtag 30.6. beziehen.

5. Es sei auch darauf hingewiesen, dass im IAB-Betriebspanel alle ostdeutschen Gesamtdaten das Gebiet von Berlin-Ost mit einschließen.

Aufgrund der unterschiedlichen Erfassungskriterien sind die im IAB-Betriebspanel ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen, insbesondere bei zusätzlichen Differenzierungen wie z. B. nach Branchen oder Betriebsgrößenklassen, nur eingeschränkt mit den Beschäftigtenzahlen anderer Datenquellen vergleichbar.

Die Befragung fand in den Monaten Juli bis Oktober 2003 statt. Für alle Zahlenangaben in dieser Studie gilt: Durch Rundungen können sich bei der Summierung der Einzelangaben geringfügige Abweichungen zur Endsum-

me ergeben. Der Wert 0 bedeutet weniger als 0,5, jedoch mehr als nichts. Mit einem „ . “ werden in den Tabellen Angaben gekennzeichnet, bei denen die Beobachtungszahl zu klein ist, mit einem „ - “ nicht vorhandene Werte.

2 Entwicklung und Struktur der Betriebe und Beschäftigten

2.1 Beschäftigungsentwicklung insgesamt 1995 bis 2008

Die Betriebe wurden zum Beschäftigtenbestand im Jahr 2003, zur voraussichtlichen Beschäftigungsentwicklung bis 2004 und zur vermuteten Entwicklung bis 2008 befragt. Auf der Grundlage dieser Befragungsergebnisse kann die Beschäftigungsentwicklung für Ostdeutschland insgesamt eingeschätzt werden.

Bei der Ermittlung der künftigen Beschäftigungsentwicklung - sowohl für 2004 als auch für die Schätzung bis 2008 - muss berücksichtigt werden, dass das Panel die Beschäftigtenzahl und die Beschäftigungserwartungen nur in den Betrieben erfasst, die am 30.6.2002 (dem Stichtag der Stichprobenziehung) bereits bestanden haben. Die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung hängt aber von zwei Komponenten ab: der Veränderung des Personalbestandes der Betriebe, die Bestandteil des IAB-Betriebspanels sind (Betriebsbestand am 30.6.2002), die daher befragt und deren Ergebnisse hochgerechnet wurden und der Beschäftigtenzahl der Betriebe, die erst nach dem Zeitpunkt der Stichprobenziehung entstanden sind bzw. entstehen werden und die im IAB-Betriebspanel noch nicht abgebildet werden können.

Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsentwicklung ergibt sich letztendlich aus der Saldierung der Werte beider Gruppen (sowohl bestehender als auch neuer Betriebe). Daher müssen für die zweite Gruppe der Betriebe plausible Annahmen außerhalb der Panelbefragung zugrunde gelegt werden. Der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekt der Neugründungen lässt sich grob abschätzen, wenn man die Zahl der Arbeitsplätze, die in den Betriebsneugründungen der letzten Jahre entstanden sind, als Anhaltspunkt verwendet. Hier ist die Unsicherheit der Vorausschätzungen noch größer als bei den Antworten der befragten Betriebe (selbst bei de-

nen machten 9 Prozent für 2004 und ca. 30 Prozent für 2008 keine Angaben).

Beschäftigungsentwicklung bis 2003

Auch zwischen Juni 2002 und Juni 2003 war ein beachtlicher Beschäftigtenabbau von fast 100 Tsd. Personen zu verzeichnen.

Die Beschäftigtenzahl Ostdeutschlands ist zwischen Juni 1995 (Start des ostdeutschen IAB-Betriebspanels mit der ersten Welle) und Juni 2003 (aktuelle achte Welle) um ca. 750 Tsd. Personen bzw. 12 Prozent gesunken (vgl. Abbildung 1) und lag am 30.6.2003 nach den hochgerechneten Ergebnissen der Panelbefragung bei 5.316 Tsd. Personen (bei einem Frauenanteil von 46 Prozent). Dieser Rückgang erklärt sich einerseits aus der Konjunkturabschwächung, d. h. die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts haben sich seit Mitte der 90er-Jahre deutlich verringert und liegen seit 1997/98 unter denen der alten Länder. In der Konsequenz dessen kam es zu starken Beschäftigungsrückgängen, die sich besonders im Baugewerbe und in der öffentlichen Verwaltung zeigten und nur zum Teil durch Zuwächse bei den Dienstleistungen kompensiert werden konnten. Andererseits aus dem Abbau arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Die Reduzierung der Beschäftigtenzahlen in den vergangenen Jahren in Ostdeutschland ging mit relevanten Veränderungen ihrer Struktur einher. Während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit Jahren rückläufig ist, steigen die Anteile der nicht sozialversicherungspflichtig sowie insbesondere die der geringfügig Beschäftigten an. Die Anteile lagen Mitte 2003 in Ostdeutschland bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 85 Prozent, bei den nicht sozialversicherungspflichtig bei 9 und bei den geringfügig Beschäftigten bei über 6 Prozent.

Zusätzlich zu diesen Beschäftigten werden durch das IAB-Betriebspanel Aushilfen und Praktikanten, freie Mitarbeiter und Leiharbeitskräfte erfasst, die lt. Definition und Fragespiegel des IAB-Betriebspanel nicht zu den Beschäftigten der Betriebe zählen, wie sie bisher analysiert wurden. Ihre Anzahl liegt somit außerhalb der angegebenen Beschäftigtenzahl (5.316 Tsd. Personen). Diese Beschäftigtengruppe umfasste Mitte 2003 etwa 290 Tsd. Personen. Dies ist im Vorjahresvergleich eine Steigerung um mehr als 10 Prozent.

Exkurs zu weiteren Mitarbeitern (Aushilfen, Leiharbeitskräfte u.a.)

Aushilfen und Praktikanten, freie Mitarbeiter und Leiharbeitskräfte gehen keinen „klassischen“ Arbeitsvertrag mit dem Betrieb ein, sondern arbeiten auf Basis von Honorarverträgen, Werk- oder Dienstverträgen, von Vereinbarungen mit einer ausbildenden bzw. umschulenden Einrichtung oder haben einen Arbeitsvertrag mit einer Leiharbeitsfirma.

Die Zahl der Betriebe, die derartige Arbeitskräfte beschäftigen, ist nicht unbedeutend. Am 30.6.2003 waren es immerhin 25 Prozent aller Betriebe. Dagegen ist die Zahl dieser Arbeitskräfte mit ca. 290 Tsd. Personen relativ klein (vgl. Tabelle 3). Das bezieht sich vor allem nach wie vor auf Leiharbeitskräfte, die nur einen Anteil von 0,6 Prozent an allen Beschäftigten haben.⁵

Tabelle 3:**Aushilfen, Praktikanten, freie Mitarbeiter und Leiharbeitskräfte am 30.6.2003 in Ostdeutschland**

	Anteil der Betriebe mit ...			Beschäftigte als ...		
	Aushilfen, Prakti- kanten	freien Mitar- beitern	Leih- arbeits- kräften	Aushilfen, Prakti- kanten	freie Mitar- beiter	Leih- arbeits- kräfte
	Prozent			Tsd. Personen		
Ostdeutschland	22	3	2	173	84	29
Westdeutschland	16	5	2	625	444	209

Beschäftigungsentwicklung 2003 bis 2004 (Prognose)

Unter Beachtung der oben gemachten Annahmen zur künftigen Beschäftigungsentwicklung muss davon ausgegangen werden, dass in den Betrieben Ostdeutschlands zwischen Mitte 2003 und Mitte 2004 mit einer weiteren negativen Veränderung des Beschäftigungsniveaus von ca. 100 Tsd. zu rechnen ist. Diese Einschätzung basiert auf einem erwarteten Personal-

⁵ In den EU-Ländern lag 2000 (bzw. 2001) der Anteil der Leiharbeiter an den Gesamtbeschäftigten (Erwerbstätige einschließlich Selbstständiger und mithelfender Familienangehöriger) bei 2,1 Prozent. Spitzenreiter ist Großbritannien (4,7 Prozent), auf Platz zwei folgen die Niederlande (4,5 Prozent). In Deutschland waren demgegenüber 0,9 Prozent der Beschäftigten Leiharbeitskräfte. Schlusslichter im EU-Vergleich sind Italien und Griechenland mit einem Anteil von jeweils 0,2 Prozent. Vgl. Werner Nienhüser, Wenzel Matiaske: Der „Gleichheitsgrundsatz“ bei Leiharbeit – Entlohnung und Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern im europäischen Vergleich, in: WSI Mitteilungen, August 2003, 56. Jahrgang, S. 466 ff.

Nach Angaben des IAB erreichte die Leiharbeitnehmerquote im Jahr 2002 in Deutschland 1,2 % (Anteil der Leiharbeiter an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten). Vgl. Elke J. Jahn, Alexandra Windsheimer: In der Fläche schon präsent, Personal-Service-Agenturen – Teil I, in: IAB-Kurzbericht, Ausgabe Nr.1 / 14.1.2004.

abbau in den Mitte 2003 bestehenden Betrieben (Panelbetriebe) und einem deutlich geringeren Personalaufbau in den bis Mitte 2004 neu gegründeten Betrieben.

Tabelle 4 zeigt, wie die Betriebe ihre Beschäftigtenentwicklung bis Mitte 2004 einschätzen. Die Beschäftigungsentwicklung in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen verdeutlicht, dass größere Betriebe mit einem deutlich höheren Anteil als kleinere von einem Personalabbau ausgehen.

Der im IAB-Betriebspanel prognostizierte Abwärtstrend bei der Beschäftigtenentwicklung bis Mitte 2004 deckt sich in der Tendenz mit der Einschätzung im Herbstgutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) im Jahresdurchschnitt 2004 gegenüber 2003 die Zahl der Beschäftigten um ca. 60 Tsd. sinken. Erst im Laufe des zweiten Halbjahrs 2004 ist auf dem Arbeitsmarkt eine leichte Besserung zu erwarten.⁶ Diese zögerliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – bei einer für Ostdeutschland prognostizierten Wachstumsrate von 1,5 Prozent – ergibt sich daraus, dass die Beschäftigungsentwicklung ein „typischer Nachläufer“ der Konjunktur ist.⁷

Tabelle 4:

Entwicklung der Beschäftigtenzahl in Ostdeutschland zwischen 2003 und 2004 (Stand 30. Juni) nach Betriebsgrößenklassen (Anteil an der Zahl der Betriebe)

Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Die Beschäftigtenzahl wird...			
	eher steigen	etwa gleich bleiben	eher fallen	Insgesamt
	Prozent			
1 bis 4 Beschäftigte	8	82	9	100
5 bis 19 Beschäftigte	8	73	18	100
20 bis 99 Beschäftigte	8	69	22	100
100 bis 499 Beschäftigte	9	61	30	100
ab 500 Beschäftigte	6	48	46	100
Ostdeutschland insgesamt	8	77	15	100
Westdeutschland	9	79	12	100

Beschäftigungsentwicklung bis 2008 (Schätzung)

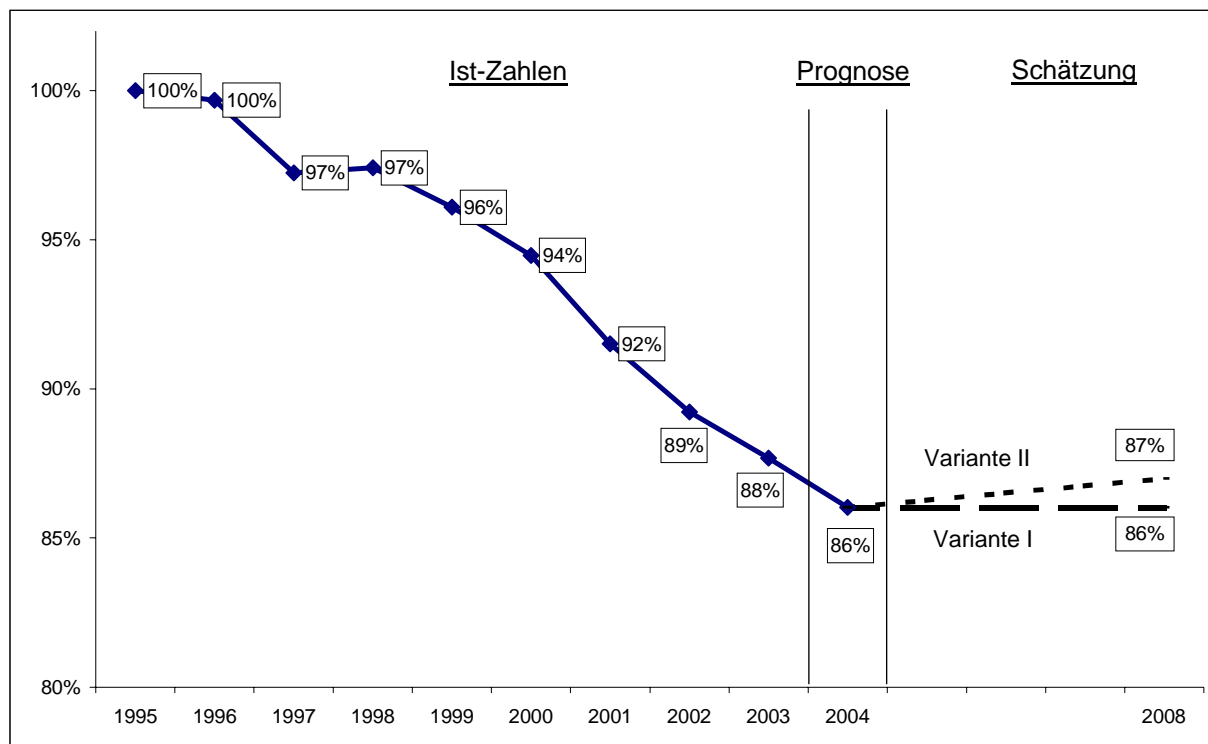
Die Einschätzungen über die Beschäftigtenentwicklung bis 2008 fallen deutlich günstiger aus als in der kurzfristigen Prognose für 2004. Insge-

⁶ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003, Wirtschaft im Wandel Nr. 14/2003, S. 382, 418 Tabelle 4.7.

⁷ Ebenda, S. 416.

samt scheint sich das Beschäftigungsniveau – basierend sowohl auf den Befragungsergebnissen der bestehenden Betriebe als auch auf Einschätzungen über den Umfang der durch Neugründungen geschaffenen Arbeitsplätze – bis 2008 zu stabilisieren. Dies bedeutet einerseits eine Abkehr vom langjährigen negativen Trend des Beschäftigungsabbaus, aber gleichzeitig auch noch keinen nennenswerten Arbeitsplatzzuwachs. Selbst eine positivere Variante - begründet auf einer höheren Gründungsdynamik - würde bis 2008 nur zu einem geringfügigen Beschäftigungszuwachs führen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2:
Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland 1995 bis 2008 (Stand jeweils 30. Juni, Index 1995=100)



Bei der Beurteilung einer derartigen mittelfristigen Vorausschau von fünf Jahren ist Folgendes zu berücksichtigen:

- nur 67 Prozent der befragten Betriebe haben Auskunft über den erwarteten Trend der Beschäftigungsentwicklung gegeben,
- das Gründungsgeschehen zwischen 2003 und 2008 und die daraus entstehenden Arbeitsplätze sind nur schwer vorhersehbar, auch konnten die Arbeitsplätze, die durch Gründung einer „Ich-AG“ entstehen, nicht berücksichtigt werden,

- langfristige Einschätzungen fallen erfahrungsgemäß eher zu positiv aus.

Unter all diesen Einschränkungen und bei vorsichtiger Berücksichtigung der genannten Unzulänglichkeiten zeichnet sich für die nächsten fünf Jahre eine positive Grundstimmung in Bezug auf die Beschäftigungsentwicklung und den ostdeutschen Arbeitsmarkt ab.

2.2 Branchen

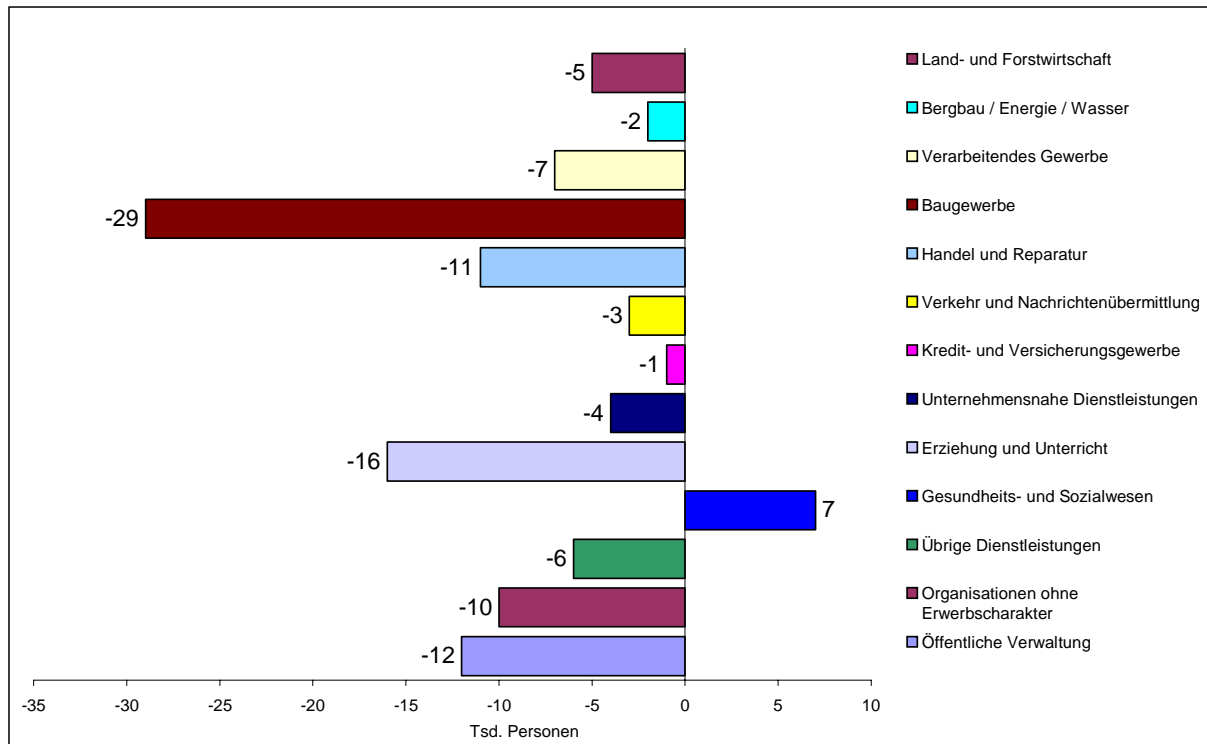
Die größten Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland im Jahre 2003 waren das Dienstleistungsgewerbe mit 37 Prozent der Beschäftigten, das Verarbeitende Gewerbe (16 Prozent) sowie der Bereich Handel/Reparatur (13 Prozent). Im Vergleich zu Westdeutschland werden immer noch das hohe Gewicht des Baugewerbes, aber auch die höheren Anteile in der öffentlichen Verwaltung, im Bereich Erziehung und Unterricht sowie in der Land- und Forstwirtschaft und andererseits der relativ geringe Anteil des Verarbeitenden Gewerbes und des Bereiches Handel/Reparatur deutlich. Insgesamt schreitet die Angleichung an die westdeutsche Struktur ständig fort (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5:
Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2003 (Stand 30. Juni) nach Branchen

Branche	Betriebe		Beschäftigte			
	Verteilung Ostdeutschland	Verteilung Westdeutschland	Anzahl Ostdeutschland	Anzahl je Betrieb Ostdeutschland	Verteilung Ostdeutschland	Verteilung Westdeutschland
	Prozent		Tsd. Personen	Persone	Prozent	
Land- und Forstwirtschaft	4	3	153	11	3	1
Bergbau/Energie/Wasser	1	1	80	50	2	1
Verarbeitendes Gewerbe	10	11	845	21	16	25
Baugewerbe	14	10	503	9	9	6
Handel und Reparatur	21	22	704	8	13	16
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5	5	342	16	6	6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2	2	102	12	2	4
Dienstleistungen	39	41	1.969	12	37	32
Unternehmensnahe Dienstleistungen	15	16	635	10	12	12
Erziehung und Unterricht	2	3	335	36	6	3
Gesundheits- und Sozialwesen	10	10	597	15	11	10
Übrige Dienstleistungen	12	12	402	9	8	7
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2	3	89	9	2	1
Öffentliche Verwaltung	2	2	529	61	10	8
Insgesamt	100	100	5.316	13	100	100

Bei einem Beschäftigungsabbau zwischen Mitte 2002 und Mitte 2003 in Ostdeutschland von 99 Tsd. zeigt die Untersuchung nach Branchen mit einer Ausnahme (Gesundheits- und Sozialwesen) nur Verlierer (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3:
Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland 2002 bis 2003 (Stand 30. Juni)
nach Branchen (Tsd. Personen)



In den letzten Jahren hat sich das Verarbeitende Gewerbe nach dem dramatischen Einbruch in der ersten Hälfte der 90er-Jahre konsolidiert, was sich beschäftigungswirksam niederschlug. Der Ausstoß der Industrie stieg – wie schon in den vergangenen Jahren – stärker als in den alten Bundesländern. Die industrielle Fertigung dürfte sich in Ostdeutschland weiterhin kräftig erhöhen.⁸ Die zweistelligen Wachstumsraten des Verarbeitenden Gewerbes gehören allerdings der Vergangenheit an, was sich auch in der Beschäftigungsentwicklung des letzten Jahres niedergeschlagen hat. Zwischen Mitte 2002 und Mitte 2003 hat sich die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands in etwa stabilisiert (-1 Prozent).

⁸ Ebenda, S. 414.

Es setzt sich die Tendenz fort, dass das Baugewerbe, bis Mitte der 90er-Jahre Ausgangspunkt und Träger des Wachstumsschubs in Ostdeutschland, seine Beschäftigtenzahl überdurchschnittlich vermindert. Die schwierige wirtschaftliche Lage in der Bauwirtschaft hält an; ein Ende der Talfahrt ist noch nicht abzusehen. Das Baugewerbe in Ostdeutschland hat seinen Personalbestand zwischen Mitte 2002 und Mitte 2003 nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels um 5 Prozent reduziert. Im Ergebnis des Nachholbedarfs, aber auch einer künstlich überhöhten Nachfrage durch Steuer- und Abschreibungsvergünstigungen sind bis 1996 Kapazitäten entstanden, deren Abbau auch in den nächsten Jahren noch anhalten wird.

Nach Einschätzungen der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ist die Grundtendenz der Bauinvestitionen seit 1995 abwärts gerichtet und bleibt auch weiterhin rückläufig.⁹

Auch die Beschäftigung von Bauarbeitern aus anderen EU-Ländern mit deutlich unter dem deutschen Tarif liegenden Löhnen hat beträchtliche Wirkung auf das ostdeutsche Baugewerbe. Das seit Mitte 1997 geltende Tarifsystem mit festgelegten Mindestlöhnen hat diese Entwicklung nicht aufhalten können.

Die Bauwirtschaft verliert durch diese Rückgänge langsam ihren starken Einfluss auf das ostdeutsche Wirtschaftsgeschehen. Die Belastung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses durch die Bauflaute nimmt weiter ab. Darüber hinaus verliert die baurelevante Produktion für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor kontinuierlich an Bedeutung.

Demgegenüber war in den letzten Jahren der Dienstleistungssektor Gewinner im Strukturwandel. Im Zeitraum Mitte 2002 bis Mitte 2003 bewegte sich die Beschäftigungsentwicklung aber im negativen Segment. Die einzelnen Bereiche des Dienstleistungssektors verzeichnen dabei eine differenzierte Entwicklung. Im Gesundheits- und Sozialwesen gab es leichte Zuwächse, die im Zusammenhang mit einer alternden Bevölkerung, umfangreicheren Pflegedienstleistungen und sozialer Betreuung zu interpre-

⁹ Ebenda, S. 411/412.

tieren sind. Demgegenüber mussten die unternehmensnahen und übrigen Dienstleistungen Verluste hinnehmen. Deutlicher fallen die Verluste im Bereich Erziehung und Unterricht aus. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit dem Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in das Bildungswesen und den Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich.

Der Verlust von 2 Prozent der Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung ist vor allem durch den Personalabbau infolge der sich vollziehenden Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verursacht worden.

Der Rückgang der Beschäftigtenzahl im Bereich Handel/Reparatur um fast 2 Prozent ist auf den immer noch andauernden Konzentrationsprozess im Handel und die geringere Kaufkraft der Konsumenten zurückzuführen.

Die Entwicklung in den Organisationen ohne Erwerbscharakter (-10 Prozent) ist u. a. durch den Rückgang der Beschäftigung in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bedingt.

Die leichte Abnahme der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, in den Bereichen Bergbau/Energie/Wasser, Verkehr/Nachrichtenübermittlung und im Kredit- und Versicherungsgewerbe ist vorsichtig zu interpretieren, da die Fallzahlen für diese Branchen relativ niedrig sind.

2.3 Betriebsgrößenklassen

In Ostdeutschland haben 51 Prozent aller Betriebe weniger als 5 Beschäftigte, in Westdeutschland trifft dies auf 44 Prozent der Betriebe zu. Betriebe mit 5 bis 19 Beschäftigten stellen hingegen in Westdeutschland einen größeren Anteil (44 Prozent) als in Ostdeutschland (37 Prozent) an der Gesamtzahl der Betriebe.

Bei der Verteilung der Beschäftigten wird der höhere Anteil in Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern in Westdeutschland deutlich. Er liegt dort mit 21 Prozent um 7 Prozentpunkte über dem in Ostdeutschland. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in den Betrieben Ostdeutschlands lag

Mitte 2003 bei 13 Personen¹⁰ (in Westdeutschland 16 Personen) (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6:
Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2003 (Stand 30. Juni) nach Betriebsgrößenklassen

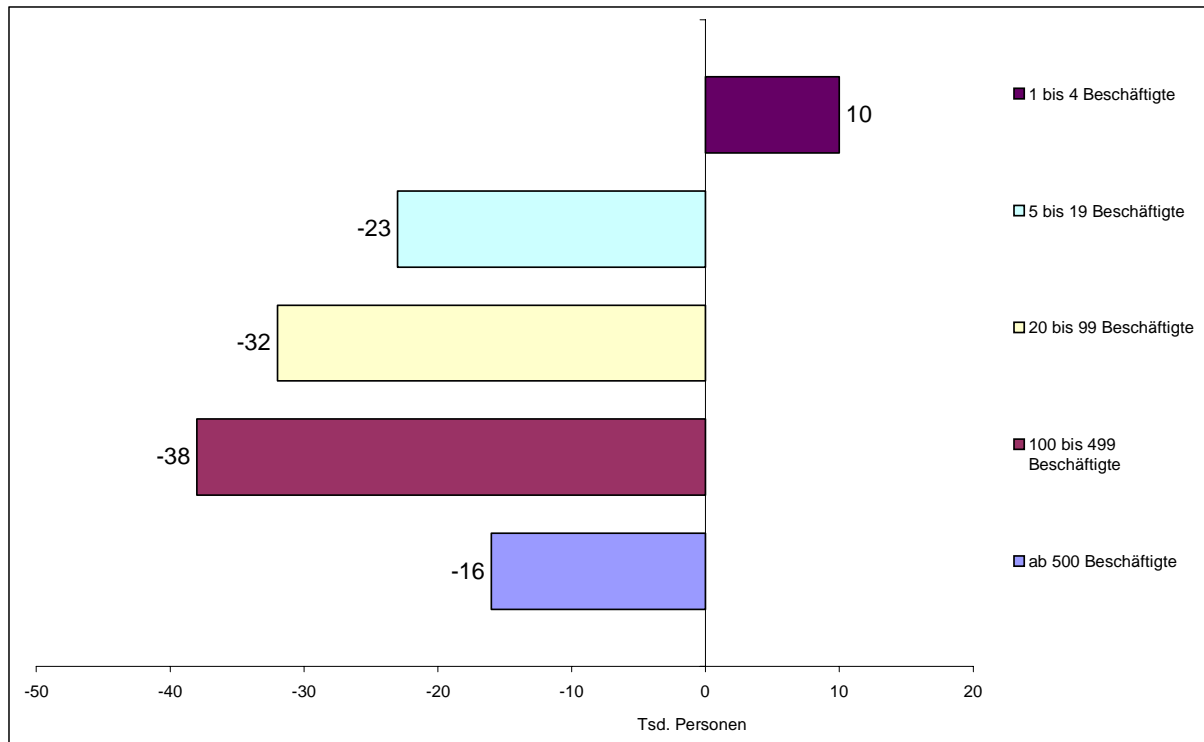
Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Betriebe		Beschäftigte			
	Verteilung Ost- deutsch- land	Verteilung West- deutsch- land	Anzahl	Anzahl je Betrieb	Verteilung Ost- deutsch- land	Verteilung West- deutsch- land
	Prozent		Tsd. Personen	Personen	Prozent	
1 bis 4 Beschäftigte	51	44	541	3	10	7
5 bis 19 Beschäftigte	37	44	1.284	9	24	24
20 bis 99 Beschäftigte	10	10	1.509	40	28	24
100 bis 499 Beschäftigte	2	2	1.243	194	24	24
ab 500 Beschäftigte	0	0	740	958	14	21
Insgesamt	100	100	5.316	13	100	100

Bei der Beschäftigungsentwicklung zwischen 2002 und 2003 in Ostdeutschland gibt es zwischen den Betriebsgrößenklassen deutliche Unterschiede. Dabei sind die Kleinstbetriebe (mit weniger als 5 Beschäftigten) durch einen Beschäftigungszugang (+10 Tsd.) charakterisiert. Sie sind auch der Hoffnungsträger für einen weiteren Beschäftigungsaufbau. Die schon fast generelle Erscheinung des Beschäftigungsabbaus in größeren Betrieben (ab 100 Beschäftigte) bestätigt sich auch für Ostdeutschland (-54 Tsd.) (vgl. Abbildung 4).¹¹

¹⁰ Bei der Bewertung dieser Zahl muss beachtet werden, dass die Panelerhebung nach dem Betriebs- und nicht nach dem Unternehmenskonzept erfolgt, d. h. dass beispielsweise große Unternehmen nicht als eine Einheit befragt werden, sondern jeder Betrieb getrennt. Da sich Großunternehmen zunehmend dezentralisieren und häufig in wirtschaftlich selbstständige Betriebe aufspalten, besteht auch dadurch eine Tendenz zur Verkleinerung der Betriebsgröße.

¹¹ Diese Panelergebnisse decken sich mit den Aussagen des KfW-Mittelstandspanels zur Beschäftigtenentwicklung in Abhängigkeit von der Betriebsgröße (eine Befragung von knapp 15.000 kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland 2003).

Abbildung 4:
Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland 2002 bis 2003 (Stand 30. Juni)
nach Betriebsgrößenklassen (Tsd. Personen)



2.4 Betriebsbiografie

Die ostdeutsche Betriebslandschaft ist keine in sich gewachsene Größe. Sie ist infolge des nach der Wende einsetzenden Transformationsprozesses, der formaljuristisch im Wesentlichen bereits nach ca. 5 Jahren abgeschlossen war, stärker und vor allem anders differenziert als in Westdeutschland. Dies schlägt sich nicht nur in anderen Branchen- und Betriebsgrößenstrukturen nieder, sondern auch in unterschiedlichen Betriebsbiografien.

Betriebsspezifische Charakteristika zeigen sich nicht nur bei Groß- und Kleinunternehmen, sondern insbesondere auch bei etablierten Altbetrieben und Neugründungen. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die Betriebsbiografie sogar eine ausschlaggebende Determinante für die Personalentwicklung ist. Diese Unterschiede sind schwerpunktmäßig auf ein völlig unterschiedliches Verhalten am Markt, auf eine differenzierte Innovationsstrategie, den Zugang zu bestehenden Netzen, auf verschiedene Muster der Personalrekrutierung, auf eine unterschiedliche Alters- und Qualifikationsstruktur usw. zurückzuführen. Aufschlüsse über die Personalentwick-

lung und daraus resultierende Verhaltens- und Anpassungspotenziale lassen sich gerade in den neuen Bundesländern nur durch ganz spezifische unternehmenstypische Untersuchungen gewinnen.

In einer groben Unterteilung kann man nach den bereits vor 1990 bestehenden Altbetrieben und den nach der Wende erfolgten Neugründungen differenzieren.

Zu den Altbetrieben¹² gehören:

- die ehemaligen Treuhandbetriebe¹³. Diese etwa 12.400 Unternehmen¹⁴ wurden durch Verkauf an neue Eigentümer (52 Prozent), durch Reprivatisierung (Rückgabe an den ehemaligen Eigentümer) (13 Prozent) und durch Kommunalisierung (2 Prozent) privatisiert. Über 30 Prozent der Betriebe sind in Liquidation gegangen.
- die ehemaligen Genossenschaften. Hierbei handelt es sich überwiegend um Nachfolgeeinrichtungen ehemaliger landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, aber auch um einen bestimmten Teil des produzierenden Handwerks der DDR (etwa 27 Prozent dieses Wirtschaftsreiches waren genossenschaftlich organisiert).
- die Privatbetriebe, die bereits vor 1990 privat geführt wurden. Dies sind zumeist kleine Betriebe des Handwerks oder Handels, die oft schon über Generationen in Familienbesitz sind.

Zu den Neugründungen nach 1990 zählen sowohl Existenzgründungen im Produzierenden Gewerbe wie auch die Niederlassung von Ärzten, der Aufbau des in der DDR vernachlässigten Dienstleistungsgewerbes, aber auch die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen. Die Neugründungen zeichnen sich zumeist durch eine relativ junge Belegschaft aus, weil sie in der Regel

¹² Neben den hier genannten Unternehmenstypen gibt es darüber hinaus reprivatisierte und kommunalisierte ehemalige VEB, die nicht unter Treuhandverwaltung standen, sowie ehemalige staatliche Einrichtungen, wie z. B. Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungseinrichtungen.

¹³ Vgl. auch J. Wahse: Das gegenwärtige Beschäftigungs- und Wirtschaftspotenzial privatisierter ehemaliger Treuhandunternehmen, Auswertung einer Befragung vollständig privatisierter Unternehmen im Mai 2003 im Auftrag der BvS. In: „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.“ Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin, 2003, S. 303-330.

¹⁴ Nicht eingeschlossen sind hier die ca. 25.000 Objekte, die im Rahmen der so genannten kleinen Privatisierung einen neuen Eigentümer fanden.

die auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren jungen und dazu oft noch gut qualifizierten Arbeitskräfte aufgenommen haben. Die Neugründungen beschäftigten Mitte 2003 über 3 Millionen Mitarbeiter, das sind 59 Prozent aller Beschäftigten.

Die Neugründungen setzten sich zu 91 Prozent aus originären Neugründungen, zu 5 Prozent aus Ausgründungen und zu 4 Prozent aus Eigentümerwechseln zusammen. Deutlich ist die unterschiedliche Betriebsgröße der originären Neugründungen (10 Personen) gegenüber den Ausgründungen (20 Personen).

Aus der Hochrechnung ergibt sich die aus Tabelle 7 ersichtliche Zusammensetzung der Gesamtheit der Betriebe nach ihrer Biografie. Neugründungen (seit 1990) machen inzwischen über zwei Drittel der ostdeutschen Betriebslandschaft aus. Da es sich hier eher um Kleinbetriebe handelt (im Durchschnitt 11 Beschäftigte), ist ihr Gewicht für die Beschäftigung nicht ganz so groß, auch wenn sie mit 59 Prozent einen ständig steigenden Anteil an den Erwerbstätigen Ostdeutschlands haben.

Tabelle 7:
Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2003 (Stand 30. Juni) nach der Betriebsbiografie

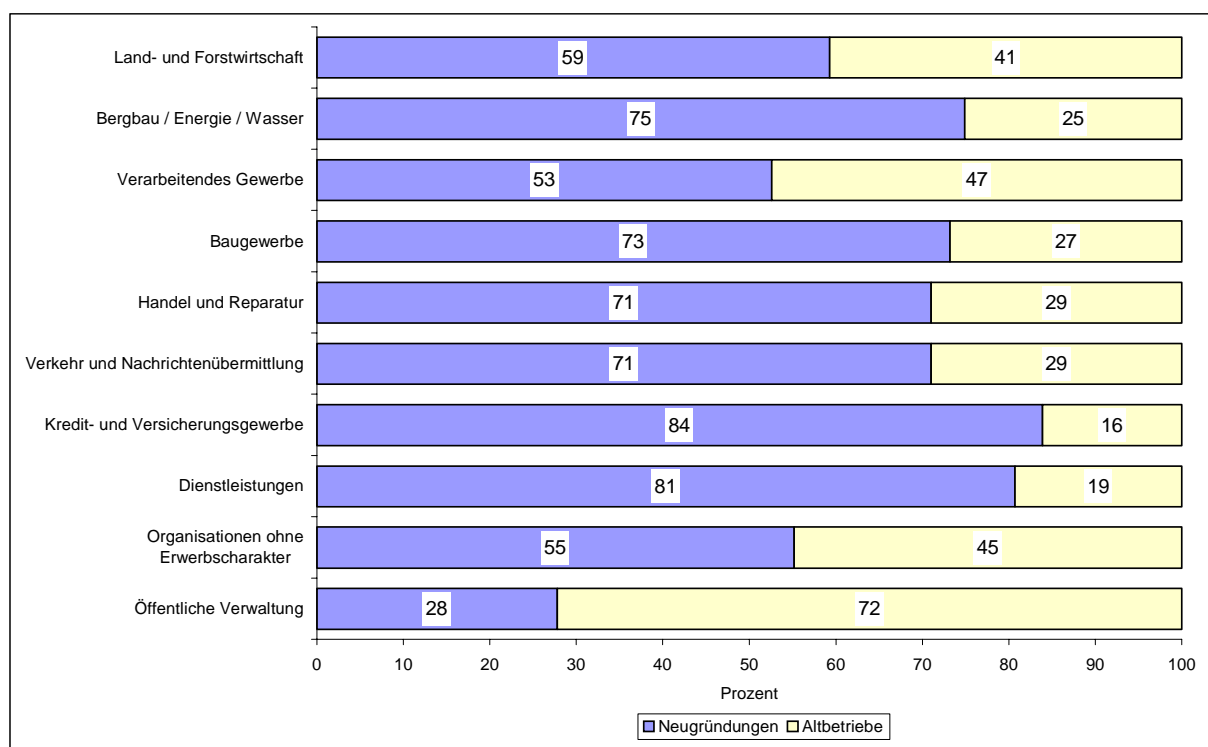
Betriebsbiografie	Verteilung der Betriebe	Beschäftigte		
		Anzahl	Anzahl je Betrieb	Verteilung
	Prozent	Tsd. Personen	Personen	Prozent
Altbetriebe (Gründung bis 1989)	28	2.092	19	39
Neugründungen (Gründung ab 1990)	71	3.114	11	59
1990 bis 1991	26	1.407	13	27
1992 bis 1995	27	1.110	10	21
1996 bis Mitte 2002	18	597	8	11
Keine Angabe	1	110	18	2
Insgesamt	100	5.316	13	100

Die Beschäftigten in neu gegründeten Betrieben konzentrieren sich zu fast 50 Prozent auf solche, die in den Jahren 1990 und 1991 entstanden sind (vgl. Tabelle 7). Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Betrieb ist erwartungsgemäß umso geringer, je später der Betrieb gegründet wurde. Die Anzahl neu gegründeter Betriebe und ihrer Beschäftigten stieg nach

der Wende stetig an, jedoch mit deutlich abnehmenden Wachstumsraten. Das jährliche Gründungsgeschehen ist aber wesentlich dynamischer, als es die Bestandsveränderungen zum Ausdruck bringen, da der moderate Netozuwachs an Selbständigen mit einer erheblichen Umwälzung im Bestand einhergeht. Trotzdem ist festzustellen, dass nicht nur die Zahl der ostdeutschen Existenzgründungen rückläufig ist, sondern seit 1999 auch die Zahl der Betriebe insgesamt (vgl. Abbildung 1).

Für eine Beurteilung der Neugründungen und der Altbetriebe hinsichtlich ihrer Beschäftigungsentwicklung und ihres wirtschaftlichen Entwicklungspotenzials wird ihre Struktur nach Branchen als wichtig angesehen (vgl. Abbildung 5). Allerdings war in nahezu allen Branchen Mitte 2003 der Anteil der Neugründungen höher als der der Altbetriebe. Nur in der öffentlichen Verwaltung überwiegen die Altbetriebe. Relativ ausgeglichen ist das Verhältnis im Verarbeitenden Gewerbe und den Organisationen ohne Erwerbscharakter.

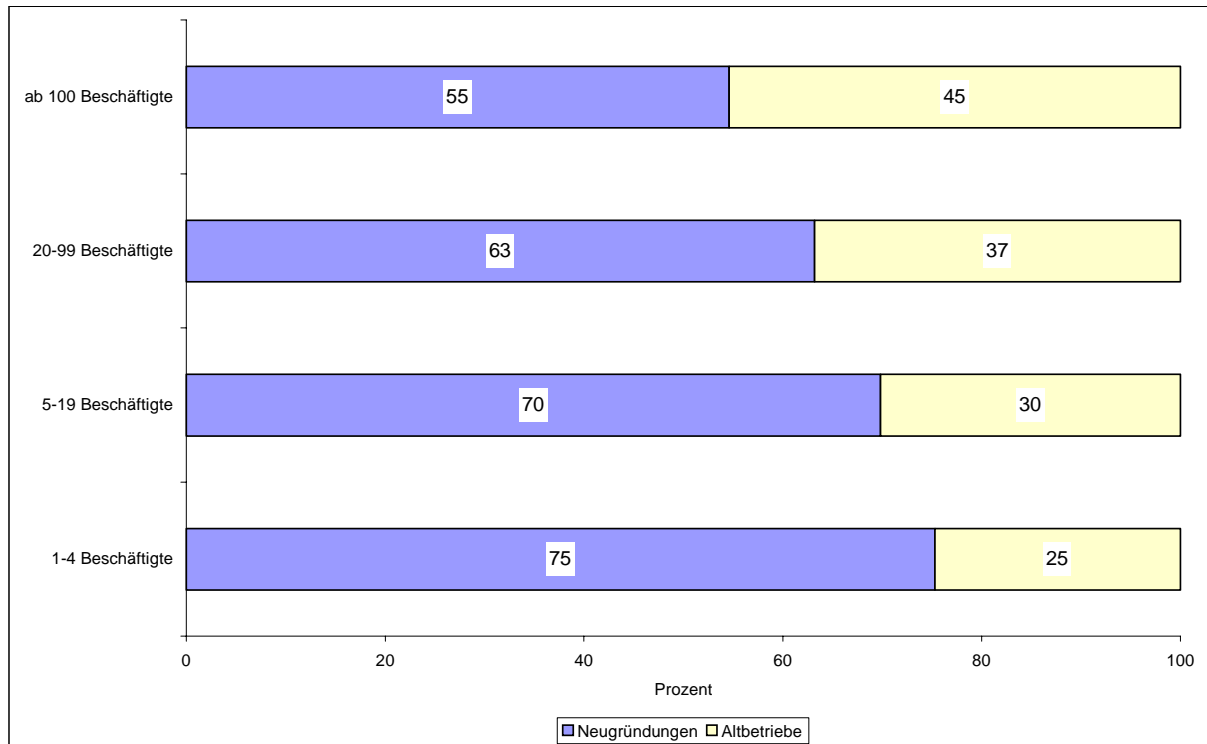
Abbildung 5:
Neugründungen und Altbetriebe in Ostdeutschland 2003 nach Branchen (Anteil in Prozent)



Deutliche Unterschiede verzeichnen auch die Anteile in den unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen (vgl. Abbildung 6). Von den Kleinbetrieben

mit bis zu 4 Beschäftigten sind 75 Prozent Neugründungen, bei Betrieben über 100 Beschäftigten sind es lediglich 55 Prozent.

Abbildung 6:
Neugründungen und Altbetriebe in Ostdeutschland 2003 nach Betriebsgrößenklassen (Anteil in Prozent)



Wenn auch die Zahl der ostdeutschen Betriebsgründungen stagniert, ist doch der gegenwärtige Umfang der jährlichen Betriebsneugründungen immer noch beachtlich, was sicher auch mit der entsprechenden Förderpolitik der neuen Bundesländer, des Bundes und der EU (Europäischer Sozialfonds) zusammenhängt. Die Vielzahl der Gründungen und ihre bemerkenswerten Überlebens- und Wachstumsraten haben zu einem ständig steigenden Beschäftigungsanteil dieser Betriebe geführt. Inzwischen ist der grundlegende Neuaufbau der Betriebslandschaft in Ostdeutschland abgeschlossen. Die wirtschaftliche Umstrukturierung wird daher in Zukunft vor allem von der Wachstumsstärke der bestehenden Jungunternehmen und weniger von der Dynamik des weiteren Gründungsgeschehens abhängen. Dem DIW ist zuzustimmen, wenn es in Bezug auf die Förderphilosophie von Bund und Ländern fordert, sowohl neue Existenzgründungen zu fördern als auch bereits bestehende Betriebe des „Altbestandes“ bei Nach-

folgeproblemen zu unterstützen.¹⁵ Gleichzeitig gilt es aber auch, die vollzogenen Existenzgründungen zumindest in den ersten Jahren zu begleiten.

Dabei sollte die Eigenkapitalschwäche dieser Neugründungen stärker beachtet werden, die häufig zu Liquiditätsengpässen infolge schlechter Zahlungsmoral der Auftraggeber führt.

Aber auch dem Gründungsgeschehen werden neue Impulse verliehen. Mit den Hartz-Gesetzen ist eine Gründungsinitiative unter Arbeitslosen gestartet worden. Hierbei geht es insbesondere darum, den großen Bedarf an kostengünstigen Dienstleistungen zu befriedigen. Die Aufnahme einer Tätigkeit in Form der „Ich-AG“ wird durch eine Unterstützung der Arbeitslosenversicherung begleitet. Für die „Ich-AG“ wie auch für andere Kleinstunternehmen gelten steuerliche Vereinfachungen. Darüber hinaus können Arbeitslose nach wie vor Überbrückungsgeld für den Weg in die Selbstständigkeit erhalten.

2.5 Eigentumsverhältnisse

Im Rahmen des Transformationsprozesses ist in Ostdeutschland auch eine spezifische Differenzierung innerhalb der Betriebslandschaft nach den unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen entstanden. Vor allem im Zuge der Privatisierung, aber auch im Rahmen der Gründungswelle von neuen Betrieben ergab sich - auch politisch gewollt - eine differenzierte Eigentumsstruktur bei den ostdeutschen Betrieben. Tabelle 8 zeigt die Zusammensetzung der Betriebslandschaft in den neuen Bundesländern nach den Eigentumsverhältnissen.

50 Prozent der Beschäftigten Ostdeutschlands sind in Betrieben in ostdeutschem Eigentum tätig, 20 Prozent der Beschäftigten entfallen auf Be-

¹⁵ 1999 ist die Gemeinschaftsinitiative „Change“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und der Deutschen Ausgleichsbank gestartet, um Probleme der Unternehmensnachfolge zu klären. Seit 2001 gibt es die Aktion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Zusammenarbeit mit Partnern von Verbänden und Institutionen der Wirtschaft, des Kreditwesens und der Freien Berufe. Unter der gemeinsamen Dachmarke „nexxt“ wurde eine Aktionsplattform errichtet, die das Thema der Unternehmensnachfolge und der Existenzgründung umfassend präsentiert. Diese Initiative wird von der Deutschen Ausgleichsbank betreut.

triebe in westdeutschem Eigentum.¹⁶ Da aber nur 11 Prozent der Betriebe westdeutsche Eigentümer haben, ist offensichtlich, dass es sich dabei eher um mittlere oder größere Betriebe handelt. Dies ist auch an der durchschnittlichen Betriebsgröße erkennbar (Betriebe in ostdeutschem Eigentum 8 Beschäftigte, Betriebe in westdeutschem Eigentum 25 Beschäftigte).

Ausländische Unternehmen in den neuen Bundesländern haben mehr Beschäftigte, forschen mehr, wachsen schneller und haben eine höhere Umsatzproduktivität als der Gesamtdurchschnitt der Betriebe in Ostdeutschland. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Privatisierungszeitpunkt gehört der Kreis der vollständig privatisierten Unternehmen im Zusammenhang mit ihrer im ostdeutschen Vergleich günstigeren Betriebsgröße, dem Engagement der hier stark vertretenen westdeutschen und ausländischen Eigentümer und dem Modernisierungsschub der Vorjahre zu den Hauptträgern der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern.¹⁷

Tabelle 8:
Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2003 (Stand 30. Juni) nach den Eigentumsverhältnissen des Betriebes

Eigentumsverhältnis	Verteilung der Betriebe	Beschäftigte		
		Anzahl	Anzahl je Betrieb	Verteilung
	Prozent	Tsd. Personen	Personen	Prozent
Ostdeutsches Eigentum	78	2.640	8	50
Westdeutsches Eigentum	11	1.056	25	20
Ausländisches Eigentum	1	194	38	4
Öffentliches Eigentum	4	938	60	17
Sonstiges bzw. nicht bekannt	6	488	20	9
Insgesamt	100	5.316	13	100

2.6 Tätigkeitsgruppen (Qualifikation)

Die Verteilung der Beschäftigten auf Tätigkeitsgruppen ordnet die Beschäftigten nach ihrer ausgeübten Tätigkeit und lässt damit Rückschlüsse auf die Qualifikationsanforderungen auf den entsprechenden Arbeitsplätzen zu. 15 Prozent der Beschäftigten (ohne Auszubildende und Beamtenanwärter) waren 2003 auf Arbeitsplätzen tätig, die keine Berufsausbildung

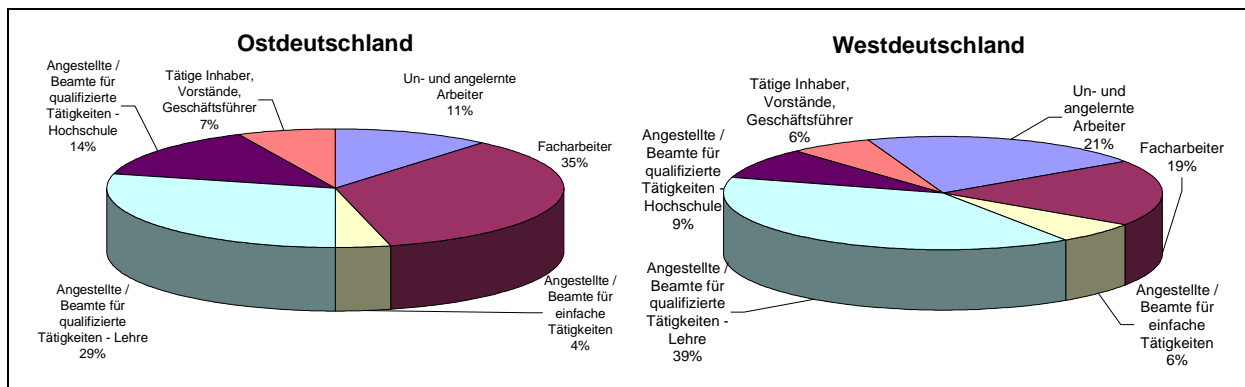
¹⁶ Die Eingruppierung erfolgt nach dem Kriterium „mehrheitlich oder ausschließlich“.

¹⁷ Vgl. auch J. Wahse: Das gegenwärtige Beschäftigungs- und Wirtschaftspotenzial privatisierter ehemaliger Treuhandunternehmen, ... a. a. O., S. 306-308, 318, 329.

erfordern (11 Prozent un- und angeleitete Arbeiter, 4 Prozent Angestellte/Beamte für einfache Tätigkeiten). 35 Prozent der Erwerbstätigen waren als Facharbeiter beschäftigt, 43 Prozent waren Angestellte/Beamte für qualifizierte Tätigkeiten (dabei 29 Prozent mit abgeschlossener Lehre und 14 Prozent mit abgeschlossenem Hochschulstudium) und 7 Prozent tätige Inhaber/Vorstände/Geschäftsführer.

Nach wie vor gibt es in den Angaben der Betriebe zwischen Ost- und Westdeutschland große Unterschiede bei der Relation zwischen Beschäftigten ohne Berufsausbildung und Facharbeitern, die insbesondere auf die in der DDR dominierende Praxis der beruflichen Ausbildung zurückzuführen sind.¹⁸ Der Facharbeiteranteil liegt in Ostdeutschland fast doppelt so hoch wie in westdeutschen Betrieben, entsprechend umgekehrt ist es bei den Beschäftigten ohne berufliche Ausbildung. Unter den Angestellten und Beamten für qualifizierte Tätigkeiten besitzt in den neuen Bundesländern jeder dritte einen Hochschulabschluss, in den alten Bundesländern jeder fünfte (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7:
Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland (ohne Auszubildende) 2003
(Stand 30. Juni) nach Tätigkeitsgruppen (Anteil in Prozent)



Das ohne Zweifel vorhandene hohe Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen stellt einen wichtigen Vorzug der neuen Bundesländer dar. Der angespannte Arbeitsmarkt verhindert gegenwärtig eine bessere Nutzung. Bei

¹⁸ In der DDR hatte jeder Jugendliche, der keine weiterführende Schule besuchte, das Recht und die Pflicht, einen Beruf zu erlernen, unabhängig davon, ob in der Wirtschaft tatsächlich ein Bedarf an Facharbeitern in diesem Umfang bestand. Daher sind häufig auf Arbeitsplätzen, die eigentlich keine Facharbeiterausbildung erforderten, Facharbeiter eingesetzt worden. Offiziell wurden diese Arbeitsplätze dann oft der Form halber zu "Facharbeiterarbeitsplätzen" erklärt.

der Standortwerbung und der Ansiedlungsförderung gewinnt das Fachkräftepotenzial – einschließlich auspendelnder Fachkräfte – an Bedeutung.

Eine Zeitreihenbetrachtung seit 1996 für Ost- und Westdeutschland über 8 Panelwellen hinweg signalisiert in den neuen Bundesländern einerseits einen steigenden Anteil bei den Angestellten für qualifizierte Tätigkeiten, einen leicht steigenden Anteil der tätigen Inhaber/Vorstände/Geschäftsführer sowie andererseits leicht sinkende Anteile bei den einfachen Tätigkeiten (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9:
Beschäftigte (ohne Auszubildende) in Ostdeutschland 2003 (Stand 30. Juni)
nach Tätigkeitsgruppen und Branchen

Branche	Un- und angelernte Arbeiter	Facharbeiter	Angestellte/Beamte für einfache Tätigkeiten	Angestellte/Beamte für qualifizierte Tätigkeiten mit abgeschlossener Lehre	Angestellte/Beamte für qualifizierte Tätigkeiten mit Hochschulabschluss	Tätige Inhaber/Vorstände/Geschäftsführer	Beschäftigte insgesamt
Land- und Forstwirtschaft	12	61	1	9	5	12	100
Bergbau/Energie/Wasser	3	51	1	25	20	1	100
Verarbeitendes Gewerbe	12	56	2	15	10	5	100
Baugewerbe	7	66	1	10	4	13	100
Handel und Reparatur	9	35	7	32	5	12	100
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9	61	3	16	4	6	100
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1	2	2	73	14	8	100
Dienstleistungen	15	20	4	33	20	8	100
Unternehmensnahe Dienstleistungen	22	21	2	26	19	10	100
Erziehung und Unterricht	6	12	1	31	49	2	100
Gesundheits- und Sozialwesen	9	13	6	50	15	7	100
Übrige Dienstleistungen	19	33	8	21	7	11	100
Organisationen ohne Erwerbsscharakter	10	20	8	40	18	3	100
Öffentliche Verwaltung	6	13	2	55	24	0	100
Ostdeutschland insgesamt 2003	11	35	4	29	14	7	100
2002	11	37	5	39		8	100
2001	11	37	5	39		8	100
1996	14	38	7	36		5	100
Westdeutschland 2003	21	19	6	39	9	6	100

Tabelle 9 zeigt auch, welchen unterschiedlichen Anteil die einzelnen Tätigkeitsgruppen in den Branchen Ostdeutschlands haben:

- Nicht überraschend ist der hohe Anteil von un- und angelernten Arbeitern in den übrigen Dienstleistungen (19 Prozent), was auf die niedrige Qualifikationsstruktur vor allem in dem großen Bereich Gaststätten, aber auch bei der Abfallbeseitigung sowie bei Wäscherei/Reinigung zurückzuführen ist. Dagegen verwundert der hohe Anteil in den unternehmensnahen Dienstleistungen (22 Prozent) etwas, weil dieser Bereich eigentlich durch anspruchsvolle Arbeitsaufgaben charakterisiert ist, aber natürlich durch die Zusammenfassung von heterogenen Teilbereichen entsteht.
- Facharbeiter dagegen haben ihren Schwerpunkt naturgemäß mit ca. 60 Prozent im Produzierenden Gewerbe, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung.
- Die Angestellten für qualifizierte Tätigkeiten sind erwartungsgemäß mit einem Anteil von 87 Prozent im Kredit- und Versicherungsgewerbe, im Bereich Erziehung und Unterricht (80 Prozent) sowie in der öffentlichen Verwaltung (79 Prozent) konzentriert. Erwartungsgemäß überproportional hoch ist der Anteil der Hochschulabsolventen im Bereich Erziehung und Unterricht mit 49 Prozent. Auch die öffentliche Verwaltung beschäftigt mit 24 Prozent viele Hochschulabsolventen, wogegen das Baugewerbe, die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Handel und Reparatur, die Land- und Forstwirtschaft sowie die übrigen Dienstleistungen nur einstellige Werte aufweisen.

Es ist auch zu erkennen, dass forschungs- und entwicklungsintensive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes einen deutlich höheren Anteil an Hochschulabsolventen haben als nicht FuE-intensive. Gleiches gilt für die exportintensiven Branchen.

Tätige Inhaber sind in besonderem Maße im Baugewerbe (13 Prozent), in der Land- und Forstwirtschaft und im Bereich Handel/Reparatur (jeweils 12 Prozent), bei den übrigen Dienstleistungen (11 Prozent) sowie bei den unternehmensnahen Dienstleistungen (10 Prozent) vertreten. Sie konzentrieren sich vor allem auf Betriebe mit weniger als 5 Beschäftigten.

3 Auszubildende

Exkurs zur Ausbildungsstellenbilanz

Der Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland leidet - wie in Deutschland insgesamt - unter der Konjunkturschwäche der Wirtschaft und der insgesamt schlechten Arbeitsmarktsituation. Die Ausbildungsstellenbilanz ist seit Jahren in den neuen Bundesländern insgesamt nicht ausgeglichen. Zwischen Bewerbern und angebotenen Ausbildungsplätzen klafft eine Lücke, die sich bis Ende der 90er-Jahre von Jahr zu Jahr vergrößerte und seit 1999 auf hohem Niveau stagniert. Diese Entwicklung gibt Anlass zur Sorge und bildet eine große Herausforderung für die Bundesregierung, die Länder und die Sozialpartner.

Die Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen wird primär bestimmt durch die Zahl der Schulabgänger der allgemein bildenden Schulen, die eine Berufsausbildung anstreben, aber auch zunehmend durch die „Altnachfrager“¹⁹ aus den Vorjahren, die eine berufliche Ausbildung aufnehmen möchten. Das Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen ergibt sich aus der Anzahl der insgesamt gemeldeten Ausbildungsstellen. Zwar verzeichnet Ostdeutschland demographisch bedingt seit dem Jahr 2000 deutlich sinkende Bewerberzahlen, allerdings sind aber auch die dem Arbeitsamt gemeldeten Ausbildungsplätze rückläufig. Dies trifft insbesondere auf die von den Unternehmen gemeldeten betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten zu.

Im Ausbildungsjahr 2002/2003 waren in Ostdeutschland den Arbeitsämtern knapp 218 Tsd. Bewerber (Nachfrageseite) und 119 Tsd. Berufsausbildungsstellen (Angebotsseite) gemeldet. Diese Werte basieren auf der Geschäftsstatistik des Arbeitsamtes (Berufsberatungsstatistik) für das Berichtsjahr 2002/2003 zum September 2003.

Aus der Gegenüberstellung von Vermittlungen von Jugendlichen auf betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplätze auf der einen Seite und von den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerbern für Berufsausbildungsstellen auf der anderen Seite kann ein „Vermittlungsgrad mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsstellen“ gebildet werden, der in Ostdeutschland ca. 57 Prozent erreicht und damit etwas niedriger als im Vorjahr liegt (vgl. Tabelle 10). Bei der Interpretation dieser Werte ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich um die Angaben einer Geschäftssta-

¹⁹ Die Gruppe der Altbewerber setzt sich im Wesentlichen aus Jugendlichen zusammen, die zurzeit eine ungelernete Arbeitstätigkeit ausüben, eine berufsvorbereitende Maßnahme abgeschlossen haben, ein Studium oder eine Ausbildung abgebrochen haben bzw. arbeitslos waren. Die Zahl der Altnachfrager nimmt bundesweit mit jedem Jahr zu. Sie wird damit zu einem immer wichtigeren Faktor für die Beurteilung der Nachfrageseite in der Ausbildungsstellenbilanz.

tistik handelt, die jeweils zum 30. September erstellt wird und kein Gesamtbild der Ausbildungssituation geben kann.

Anhand der Berufsberatungsstatistik kann man übergreifend auch eine andere Form von Ausbildungsbilanz für Ostdeutschland erstellen, in der alle Formen des Verbleibs der Bewerber für einen Ausbildungsplatz enthalten sind. Dies ist keine echte Ausbildungsstellenbilanz, weil neben der Vermittlung in eine betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung auch der Verbleib in berufsvorbereitenden Maßnahmen, ein weiterer Schulbesuch, die Aufnahme einer Arbeit usw. einbezogen werden. Ein derartiger „Versorgungsgrad der Jugendlichen“ Ostdeutschlands beträgt per September 2003 ca. 94 Prozent, d. h. 6 Prozent der Bewerber für einen Ausbildungsplatz waren nicht in irgendeiner Form versorgt bzw. vermittelt worden. Den Verbleib der den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerber des Berichtsjahres 2002/2003 verdeutlicht Tabelle 10.

Tabelle 10:
Verbleib der in Ostdeutschland bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerber für einen Ausbildungsplatz (Stand: Berichtsjahr 2002/2003)

Verbleib	Bewerber	
	Tsd. Personen	Prozent
Betriebliche Ausbildungsplätze (Ost und West)	86,2	40
Über- und außerbetriebliche Ausbildungsplätze	37,6	17
Berufsvorbereitende Maßnahmen	4,1	2
Berufsgrundschul-/grundbildungsjahr	3,3	1
Weiterer Schulbesuch	28,9	13
Arbeitsstelle (ohne Ausbildung)	17,5	8
Sonstiger Verbleib	27,3	13
Noch nicht vermittelt	12,7	6
Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt	217,6	100

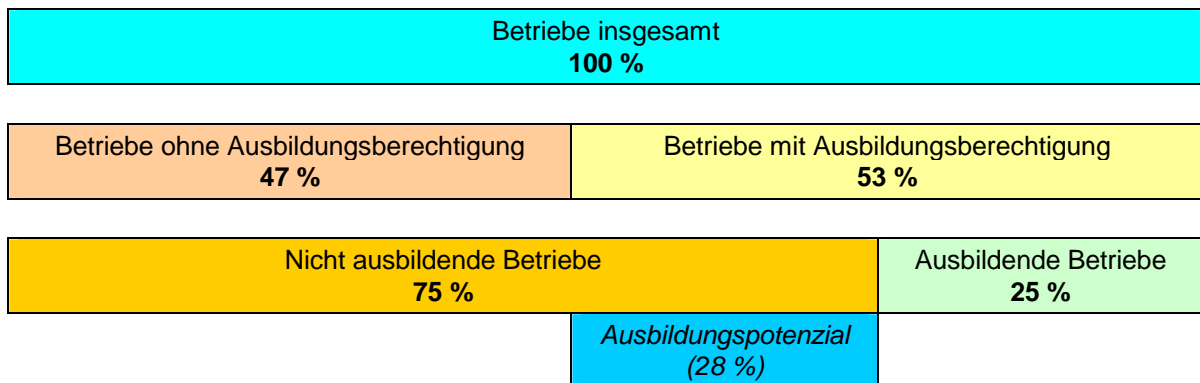
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Nr. 11, Nürnberg, 29. November 2003, S. 1367

Jeder zweite ausbildungsberechtigte Betrieb bildet nicht aus

Das Verhältnis von ausbildenden zu nicht ausbildenden Betrieben lag nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels in Ostdeutschland Mitte 2003 bei 25 zu 75 Prozent (im Produzierenden Gewerbe bei 35 zu 65 Prozent). Die Werte sind im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorjahre relativ stabil.

Wenn in drei von vier ostdeutschen Betrieben nicht ausgebildet wird, dann muss darauf hingewiesen werden, dass fast die Hälfte aller Betriebe (47 Prozent) nicht ausbildungsberechtigt ist. 28 Prozent der Betriebe bilden allerdings trotz vorhandener Ausbildungsberechtigung nicht aus (vgl. Abbildung 8).

**Abbildung 8:
Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in Ostdeutschland 2003**

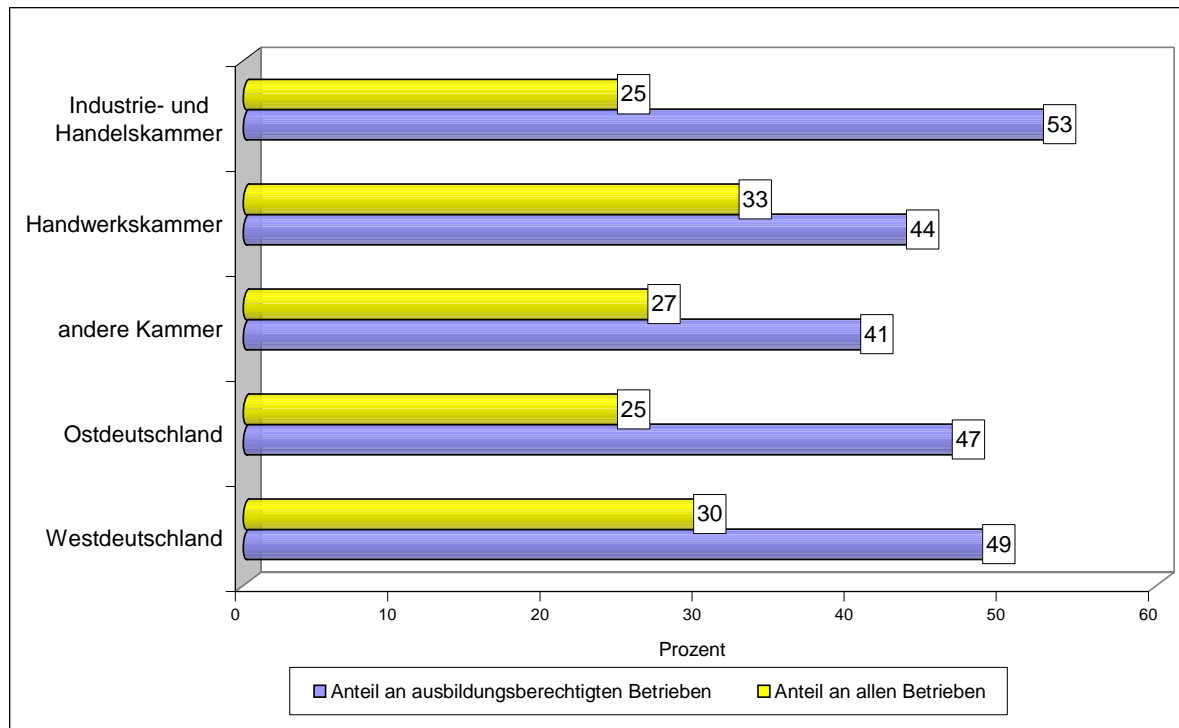


Diese Gruppe der ausbildungsberechtigten, aber nicht ausbildenden Betriebe bildet mit 28 Prozent ein Potenzial für ein höheres Ausbildungsplatzangebot. Allerdings erschweren die gegenwärtigen Rahmenbedingungen - Beschäftigungsabbau, Nullwachstum - die Erschließung dieses Potenzials. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass vor allem kleine Betriebe aufgrund ihres geringen Bedarfs oft nur in mehrjährigem Abstand ausbilden.

Die Werte für den Anteil der ausbildenden Betriebe sowohl an allen Betrieben als auch an den ausbildungsberechtigten Betrieben ist zwischen den einzelnen Kammerbereichen unterschiedlich (vgl. Abbildung 9).

Die Bemühungen des Bundes, der Länder, der Kammern und Arbeitsämter richten sich direkt an nicht ausbildende Betriebe, indem sowohl durch Appelle als auch durch zielgerichtete Förderung zur Ausbildungsbeteiligung motiviert wird. Inwieweit ökonomischer Druck in Form einer Ausbildungsplatzabgabe die nicht ausbildenden Betriebe zu einer aktiven Ausbildungspolitik motiviert, ist Gegenstand aktueller Diskussionen. Auch Unternehmen, die gegenwärtig keine Ausbildungsberechtigung haben, werden angesprochen. Oftmals ist es möglich, mit Hilfe entsprechender Unterstützung der Kammern die Ausbildungsberechtigung zu erlangen. Ein besonders effektives Mittel, gerade kleineren Unternehmen Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen, ist die Verbundausbildung, die in Ostdeutschland von den Betrieben in hohem Maße genutzt wird. Trotz großer Anstrengungen zur Einbeziehung von mehr Betrieben in den Ausbildungsprozess ist der Anteil der Betriebe, die eine Ausbildungsberechtigung haben, aber nicht ausbilden, in der Tendenz gestiegen und liegt gegenwärtig bei 28 Prozent.

Abbildung 9:
Anteil ausbildender Betriebe an Betrieben mit Ausbildungsberechtigung und an allen Betrieben nach Kammerbereichen in Ostdeutschland 2003



Im Rahmen der Ausbildungsinitiative 2003 haben Bundesregierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften beschlossen, weitere Ausbildungshemmnisse abzubauen und die Anzahl der ausbildenden Betriebe zu erhöhen. So wurde die Ausbilder-Eignungsverordnung im Mai 2003 für 5 Jahre ausgesetzt, d. h. die Betriebe brauchen für die Ausbilder keine formale Kammerprüfung mehr. Bereits gegenwärtig zeigen sich erste positive Impulse für die künftige Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Zwar kennen nur etwa 38 Prozent der nicht ausbildungsberechtigten Betriebe diese Änderung, aber diese Vereinfachung führte dazu, dass etwa 3 Prozent aller gegenwärtig nicht ausbildungsberechtigten Betriebe planen, eine Ausbildungsberechtigung zu erlangen. Inwieweit sich das Aussetzen der Ausbilder-Eignungsverordnung auf die Anzahl der Auszubildenden auswirkt, kann im Rahmen dieser Welle des IAB-Betriebspanels noch nicht beurteilt werden, weil bis zum Erhebungszeitpunkt am 30.6.2003 der Zeitraum zu kurz war.

Die Branchen unterscheiden sich deutlich darin, welche Bedeutung sie der Ausbildung zumessen (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11:
Ausbildungsbeteiligung und Ausbildungsberechtigung der Betriebe in Ost-
deutschland 1997 bis 2003 (Stand 30. Juni) nach Branchen

Branche	Ausbildende Betriebe			Nicht ausbildende Betriebe					
				mit Ausbildungs-			ohne Ausbildungs-		
	1997	2002	2003	1997	2002	2003	1997	2002	2003
	Prozent			Prozent			Prozent		
Land- und Forstwirtschaft	21	32	27	19	14	29	60	54	43
Bergbau/Energie/Wasser	50	35	35	4	25	14	46	40	52
Verarbeitendes Gewerbe	39	42	43	19	30	29	43	28	28
Baugewerbe	51	34	30	19	39	39	31	27	31
Handel und Reparatur	22	28	29	24	25	29	54	47	43
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10	13	13	11	21	17	79	66	70
Kredit- und Versicherungsgewerbe	18	20	15	29	22	21	54	58	64
Dienstleistungen	21	20	20	24	25	27	55	55	53
Unternehmensnahe Dienstleistungen	19	20	20	22	23	27	58	57	53
Erziehung und Unterricht	14	15	16	13	28	20	73	57	64
Gesundheits- und Sozialwesen	26	20	19	39	34	37	35	46	44
Übrige Dienstleistungen	21	21	22	17	19	21	63	60	58
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2	4	3	5	3	10	93	93	87
Öffentliche Verwaltung	26	22	23	9	10	15	65	68	62
Ostdeutschland insgesamt	27	26	25	21	25	28	52	49	47
Westdeutschland	35	31	30	21	27	31	44	42	39

Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Ausbildungsbeteiligung seit Jahren überdurchschnittlich hoch. 43 Prozent der Betriebe dieser Branche bildeten Mitte 2003 aus. Die Beteiligung der Betriebe an der Ausbildung im Baugewerbe liegt nur noch bei 30 Prozent. Dies ist ein beträchtlicher Rückgang gegenüber 1997, wo noch Werte von ca. 50 Prozent erreicht wurden.

In Westdeutschland verfügen prozentual mehr Betriebe über eine Ausbildungsberechtigung als in den neuen Bundesländern (61 gegenüber 53 Prozent). Dementsprechend unterscheidet sich der Anteil der tatsächlich ausbildenden Betriebe in West und Ost (30 gegenüber 25 Prozent).

Auch in Abhängigkeit von der Betriebsgröße treten bei der Ausbildungsbeteiligung deutliche Unterschiede auf. In der Tendenz gilt: Mit zunehmender Betriebsgröße steigt der Anteil der ausbildenden Betriebe - von 11 Prozent in Kleinstbetrieben (1 bis 4 Beschäftigte) auf 77 Prozent in Betrieben mit mehr als 100 Mitarbeitern und sogar auf 90 Prozent in Großbetrieben mit

über 500 Beschäftigten (vgl. Tabelle 12). Der geringe Anteil in kleineren Unternehmen ist sicher nicht vorrangig auf mangelnde Ausbildungsbereitschaft zurückzuführen. Zum einen haben 58 Prozent der Kleinstfirmen keine Ausbildungsberechtigung, zum anderen legen gerade kleine Betriebe auch „Ausbildungspausen“ ein. Der relativ geringe Eigenbedarf dieser Betriebe sowie die betrieblichen Anforderungen, die eine Ausbildung mit sich bringt, führen offensichtlich dazu, dass Kleinbetriebe Ausbildungsleistungen nur diskontinuierlich anbieten. Das Aussetzen der Ausbilder-Eignungsverordnung dürfte künftig zwar zu einer stärkeren Beteiligung der Kleinbetriebe an der beruflichen Erstausbildung führen (3 Prozent der Kleinbetriebe ohne Ausbildungsberechtigung planen im Zusammenhang mit dem Aussetzen der Ausbilder-Eignungsverordnung den Erwerb einer Ausbildungsberechtigung), die genannten Gründe sprechen aber eher dafür, dass sich die Zunahme der Ausbildungsleistungen in Grenzen halten wird. Insgesamt wird in Ostdeutschland von den kleineren Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten mehr als die Hälfte der Ausbildungsleistungen (56 Prozent) erbracht, in den alten Bundesländern sind es sogar 61 Prozent.

Tabelle 12:
Ausbildungsbeteiligung und Ausbildungsberechtigung der Betriebe in Ostdeutschland 2003 (Stand 30.Juni) nach Betriebsgrößenklassen

Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Ausbildende Betriebe	Nicht ausbildende Betriebe	
		mit Ausbildungs- berechtigung	ohne Ausbildungs- berechtigung
	Prozent	Prozent	
1 bis 4 Beschäftigte	11	32	58
5 bis 19 Beschäftigte	34	27	39
20 bis 99 Beschäftigte	60	13	28
ab 100 Beschäftigte	77	7	16
Insgesamt	25	28	47

Sinkende Ausbildungsleistungen

Insgesamt gab es Mitte 2003 in Ostdeutschland nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels 304 Tsd. Auszubildende (darunter 110 Tsd. mit neuen Verträgen für das Ausbildungsjahr 2002/2003). Dies entspricht einer Auszubildendenquote²⁰ von 6 Prozent. Damit sind die Auszubildendenquoten in Ostdeutschland seit Jahren stabil. Dies kann aber nicht darüber hinweg-

²⁰ Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten.

täuschen, dass die Zahl der Auszubildenden in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat, vor allem im Baugewerbe (vgl. Tabelle 13).

Der Anteil der weiblichen Auszubildenden an den Auszubildenden insgesamt beträgt 41 Prozent, das ist weniger als der Frauenanteil an den Beschäftigten (46 Prozent). In den Branchen ist der Anteil der weiblichen Auszubildenden in Abhängigkeit von der jeweiligen Tätigkeitsbeschreibung sehr unterschiedlich. Er reicht von 68 Prozent im Gesundheits- und Sozialwesen, 64 bzw. 62 Prozent bei den unternehmensnahen und übrigen Dienstleistungen, 61 Prozent in der öffentlichen Verwaltung bis hin zu 24 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe und 7 Prozent im Baugewerbe.

Die Ausbildungssituation ist in den ostdeutschen Betrieben der einzelnen Branchen sehr differenziert. Mitte 2003 entfielen 45 Prozent der Auszubildenden auf das Dienstleistungsgewerbe. Dieser hohe Anteil des Dienstleistungsgewerbes resultiert in erster Linie daraus, dass fast die Hälfte der Auszubildenden in diesem Bereich auf Erziehung und Unterricht entfällt, dem im Wesentlichen die Bildungswerke freier Träger, überbetriebliche Bildungseinrichtungen, Berufsakademien usw. zugeordnet werden. In diesen Einrichtungen werden Ausbildungsleistungen erfasst, die das Dienstleistungsgewerbe als Querschnittsbereich insbesondere im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildung auch für andere Branchen erbringt - bei gleichzeitiger Sicherung der Ausbildung des eigenen Nachwuchses.

16 Prozent aller Auszubildenden in Ostdeutschland entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe, gleichfalls 16 Prozent auf den Bereich Handel/Reparatur und nur noch 10 Prozent auf das Baugewerbe. Das Baugewerbe verzeichnete im Vorjahresvergleich wiederum einen Rückgang der Ausbildungsleistungen (vgl. Abbildung 10 und Tabelle 13).

Abbildung 10:
Struktur der Auszubildenden in Ostdeutschland 2003 (Stand 30. Juni) nach Branchen

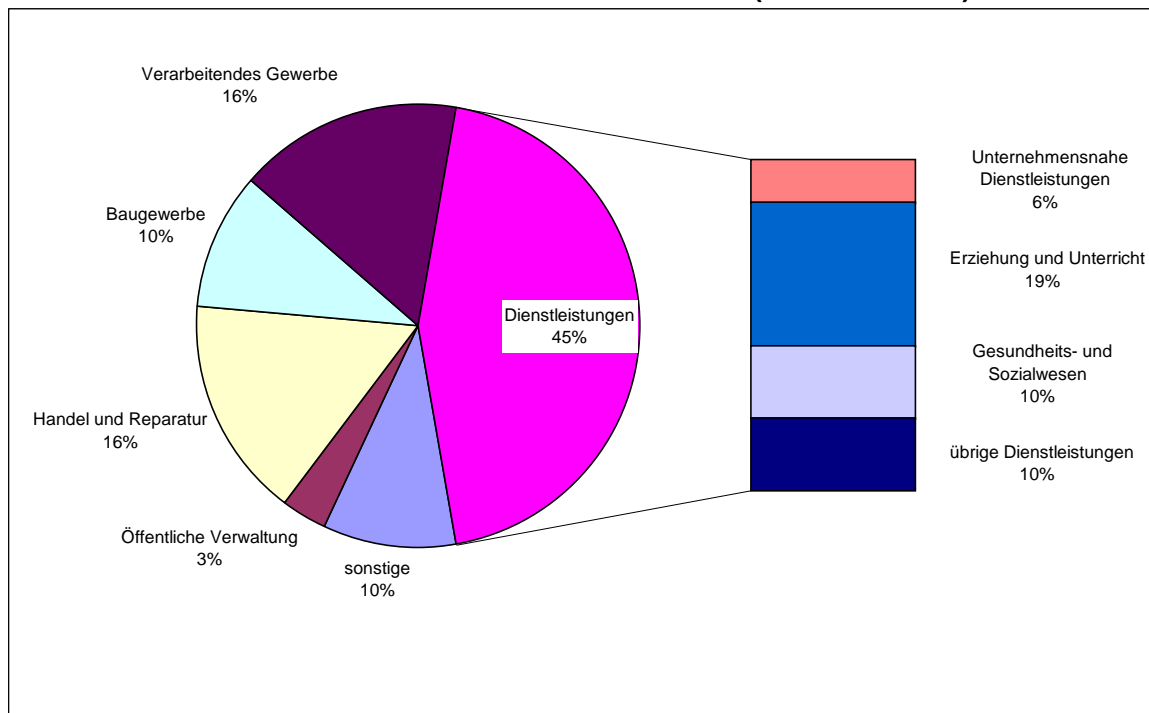


Tabelle 13:
Auszubildende in Ostdeutschland 1995 bis 2003 (Stand 30. Juni) nach Branchen

Branche	Auszubildende							
	Anzahl				Verteilung		Auszubildendenquote*	
	1995	2001	2002	2003	1995	2003	1995	2003
	Tsd. Personen				Prozent			
Land- und Forstwirtschaft	5	8	7	9	2	3	4	6
Bergbau/Energie/Wasser	3	5	5	4	1	1	4	6
Verarbeitendes Gewerbe	39	52	51	50	13	16	5	6
Baugewerbe	72	46	41	30	25	10	7	6
Handel und Reparatur	38	53	49	49	13	16	6	7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14	12	10	8	5	3	3	2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	7	7	7	5	2	2	5	5
Dienstleistungen	96	134	130	135	34	45	6	7
Unternehmensnahe Dienstleistungen	12	18	17	18	4	6	3	3
Erziehung und Unterricht	41	63	62	59	15	19	13	17
Gesundheits- und Sozialwesen	24	27	26	29	8	10	5	5
Übrige Dienstleistungen	19	26	25	29	7	10	5	7
Organisationen ohne Erwerbscharakter	4	3	3	3	1	1	3	4
Öffentliche Verwaltung	13	12	12	11	4	3	2	2
Ostdeutschland insgesamt	291	331	315	304	100	100	5	6
Westdeutschland	1.133	1.283	1.278	1.258			4	5

* Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten

Sinkende Tendenz bei der Übernahme nach abgeschlossener Ausbildung

Die duale Ausbildung hat für ausbildende Betriebe wie für Schulabgänger insbesondere der Haupt- und Realschulen eine hohe Bedeutung. Für Betriebe ist die Berufsausbildung ein unverzichtbares Instrument der Personalgewinnung und für Schulabgänger eine Voraussetzung für einen möglichst ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz und gute Aufstiegschancen. Die Mehrzahl der Betriebe, vor allem im kaufmännisch-verwaltenden Bereich und im gewerblich-technischen Bereich, geht davon aus, dass sich der betriebliche Bedarf an Arbeitskräften verstärkt auf ausgebildete junge Leute richten wird, die einen Ausbildungsabschluss nachweisen können. Bei Jugendlichen vertieft sich die Erkenntnis, dass eine Ausbildung die Arbeitsplatzrisiken vermindert.

Dennoch ist eine erfolgreich abgeschlossene betriebliche Ausbildung keine Garantie für die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis. Das Ausbildungssystem konnte zwar auch in der komplizierten Situation der 90er-Jahre im Wesentlichen seine Bindungskraft erhalten, das Beschäftigungssystem dagegen hatte und hat erhebliche Probleme, das vorhandene Arbeitskräfteangebot an Jugendlichen zu absorbieren.²¹ Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, aber auch der Weg zu externen Arbeitsmärkten außerhalb Ostdeutschlands sind einige der Folgen dieser Problemlage. Dies könnte sich aber demografisch bedingt in den nächsten Jahren ändern.

Zwischen 1996 und 2003 war ein Abwärtstrend bei der Übernahme von Auszubildenden nach abgeschlossener Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis desselben Betriebes in Ostdeutschland zu verzeichnen. Wurden 1996 noch 52 Prozent der Jugendlichen vom Ausbildungsbetrieb nach erfolgreichem Abschluss der Lehre eingestellt, waren es 2003 nur noch 38 Prozent. In den alten Bundesländern liegt die Übernahmequote mit 57 Prozent deutlich höher (vgl. Tabelle 14). Diese Differenz ist zumindest teilweise auf den hohen Anteil außer- und überbetrieblicher Ausbildungsverhältnisse in

²¹ In diesem Zusammenhang wird auch von einer „demographischen Arbeitsplatzlücke“ gesprochen. Darunter wird die Diskrepanz zwischen dem jährlichen Neuangebot an Arbeitskräften auf der einen Seite und der Zahl der durch Ausscheiden von Älteren geräumten Arbeitsplätze auf der anderen Seite verstanden. Vgl. Burkart Lutz, Im Osten ist die zweite Schwelle hoch, Forschungsberichte aus dem zsh 01-2, S. 12.

Ostdeutschland zurückzuführen. Möglicherweise ist auch die mit der Förderung ausgelöste Ausbildung über den eigenen Bedarf und die daraus resultierende Nichtübernahme von Auszubildenden eine Erklärung für die unterschiedlichen Übernahmequoten zwischen Ost und West.

Bei den hier verwendeten Übernahmequoten ist Folgendes zu berücksichtigen: In den Quoten wird ausschließlich die Übernahme durch den ausbildenden Betrieb erfasst. Das bedeutet, dass außerbetrieblich ausgebildete Jugendliche, die naturgemäß von der ausbildenden Einrichtung nicht übernommen werden können, auch nicht in die Übernahmequote eingehen. Unter Herausrechnung des Bereichs Erziehung und Unterricht, auf den diese außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse entfallen, kann näherungsweise für Ostdeutschland insgesamt eine „reine“ betriebliche Übernahmequote berechnet werden. Diese liegt Mitte 2003 bei 44 Prozent. Damit relativiert sich etwas der große Unterschied in der Übernahme zwischen Ost- und Westdeutschland von 19 auf 14 Prozentpunkte. Die Übernahmequoten der einzelnen Branchen sind durch die Herausrechnung des Bereichs Erziehung und Unterricht nicht berührt.

In der beruflichen Erstausbildung besteht in Ostdeutschland annähernd Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, wenn diese am Zugang weiblicher und männlicher Bewerber zu einem Ausbildungsplatz gemessen wird. Während 59 Prozent der männlichen Bewerber Ostdeutschlands im Ausbildungsjahr 2002/2003 einen Ausbildungsplatz erhielten, waren es 55 Prozent der weiblichen Bewerber. Beim Übergang der Ausbildungsabsolventen in Beschäftigung ist diese Chancengleichheit zum ersten Mal gegeben, denn es gibt keine geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Übernahmequoten ausgebildeter junger Frauen und Männer. 39 Prozent der Frauen und 38 Prozent der Männer werden vom ausbildenden Betrieb übernommen (ähnliche Tendenz in Westdeutschland: Übernahmequote der Frauen 55 Prozent, der Männer 58 Prozent).

In der Übernahmepaxis männlicher und weiblicher Ausbildungsabsolventen unterscheiden sich die einzelnen Wirtschaftsbereiche deutlich voneinander. In der Tendenz gilt: Branchen mit hohem Frauenanteil an den Beschäftigten haben höhere Übernahmequoten der Frauen als der Männer, in männerdominierten Branchen sind demgegenüber die Übernahmequoten der Männer deutlich höher als die der Frauen (vgl. Tabelle 14). Damit

werden bestehende Beschäftigungsrelationen zwischen Männern und Frauen eher verfestigt als im Sinne der Gender-Mainstreaming-Politik verändert.

Tabelle 14:
Übernahme von Auszubildenden, die ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, in Ostdeutschland 1996 bis 2003 (Stand 30.Juni) nach Branchen

Branche	Übernahme von Auszubildenden				Übernahmequoten	
	1996	2001	2002	2003	2003	
					Frauen	Männer
	Prozent				Prozent	
Land- und Forstwirtschaft	21	36	31	22	8	25
Bergbau/Energie/Wasser	51	61	66	62	77	59
Verarbeitendes Gewerbe	58	65	61	54	47	56
Baugewerbe	67	48	51	45	55	44
Handel und Reparatur	56	42	49	43	42	44
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	32	68	67	39	48	33
Kredit- und Versicherungsgewerbe	72	76	63	72	74	70
Dienstleistungen	40	26	27	26	32	15
Unternehmensnahe Dienstleistungen	72	50	45	41	40	45
Erziehung und Unterricht	2	7	3	5	6	4
Gesundheits- und Sozialwesen	53	33	35	32	37	15
Übrige Dienstleistungen	57	39	38	39	45	23
Organisationen ohne Erwerbscharakter	10	7	5	12	26	3
Öffentliche Verwaltung	72	57	65	60	59	61
Ostdeutschland insgesamt	52	42	44	38	39	38
Westdeutschland	52	58	57	57	55	58

Eine Nichtübernahme in ein Arbeitsverhältnis im ausbildenden Betrieb bedeutet aber nicht automatisch einen Zugang in die Arbeitslosigkeit. Hier nicht zu quantifizieren sind der Verbleib in weiterführenden Bildungseinrichtungen, Migration, Arbeitsaufnahme in anderen Betrieben, Wehr- oder Zivildienst usw. Mehr als 40.000 Zugänge zur Arbeitslosigkeit aus Ausbildung im Jahr 2003 in Ostdeutschland²² belegen aber, dass diese Wechsel auch mit Perioden vorübergehender Arbeitslosigkeit verbunden sein können.

²² Vgl. Strukturanalyse 2003, Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg, 4. Dezember 2003, 51. Jahrgang, S. 217.

In der Übernahmepraxis treten größere sektorale Unterschiede auf. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe wurden 72 Prozent der Auszubildenden nach Abschluss ihrer Ausbildung übernommen, im Bereich Bergbau/Energie/Wasser 62 Prozent, in der öffentlichen Verwaltung 60 Prozent. Im Dienstleistungsbereich waren es demgegenüber nur 26 Prozent.²³

Die aktuellen Schwierigkeiten der Jugendlichen bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz haben der Problematik der zweiten Schwelle neue Qualität verliehen. Die Orientierung der Berufsbildungspolitik an strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft ist ein aktuelles Erfordernis, um einerseits ausgebildeten Jugendlichen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben und andererseits den Unternehmen die benötigten Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

²³ Die geringe Zahl der übernommenen ehemaligen Auszubildenden im Dienstleistungsbereich resultiert im Wesentlichen – wie weiter oben erläutert - aus der Funktion des Bereichs Erziehung und Unterricht im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung (Übernahmequote: 5 Prozent).

Impressum

IAB *Forschungsbericht*
Nr. 2 / 2004

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Weddigenstr. 20-22
D-90478 Nürnberg

Redaktion

Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

Technische Herstellung

Jutta Sebald

Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Volltext-Download dieses Forschungsberichtes
unter:

<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2004/fb0204.pdf>

IAB im Internet

<http://www.iab.de>

Rückfragen zum Inhalt an

Dr. Lutz Bellmann, Tel. 0911/179-3046,

oder e-Mail: lutz.bellmann@iab.de